

Verbands-Zeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in Brauereien, Brennereien, Mühlen und verwandten Betrieben
Publikationsorgan des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Bezugspreis: vierteljährlich 2,10 Mark, unter Kreuzband 2,70 Mark
Eingetragen in die Postzeitungsliste

Besitzer u. verantwortl. Redakteur: Fr. Krieg, Berlin-Lichtenberg
Redaktion und Expedition: Berlin S. 27, Schilderstraße 6
Druck: Vorwärts-Druckerei Paul Singer & Co., Berlin SW. 68

Inserationspreis:
die sechsgepaaltene Kolonelle 40 Pfennig, für Mitglieder 30 Pfennig
Schluß für Inserate: Montag früh 6 Uhr.

Die Grundlagen der Arbeiterorganisationen.

Unter dem Wahlspruch: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“ wird seit Jahrzehnten eine eifrige, unablässige Agitationsarbeit betrieben, die den Zweck verfolgt, auch den letzten Arbeiter und die letzte Arbeiterin in die Organisation hereinzubringen. Diese Propaganda, die aus der Überzeugung hervorging, daß nur mit organisierten Leuten der Kampf geführt werden kann, ist offensichtlich von einem geradezu überraschenden Erfolg begleitet gewesen. Wie ein steter Tropfen den Stein aushöhlt, so hat die stete Mahnung, Organisationen zu gründen, die Gleichgültigkeit und den Stumpfsein der Arbeitermassen überwunden. Die agitatorische Tätigkeit seit den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts ist nicht vergeblich gewesen, sie hat vielmehr in immer steigendem Maße ihren Zweck erfüllt.

Wenn auch anfangs, als der Sammelruf ertönte, die verlesendeten Massen nur langsam und zögernd den Weg zur Organisation fanden, wenn auch trotz aller angewendeten Mühe und Arbeit unserer Pioniere aus den Anfängen der Arbeiterbewegung die Zahl der organisierten Arbeiter nur klein blieb, so trat doch allgemach ein Umschwung ein, der zu den schönsten Hoffnungen berechtigte. Der harte, steinige Boden, den unsere Alten mit unfäglicher Anstrengung beackert haben, fing an, reiche Blüten und Früchte zu tragen. Immer größere Arbeitermassen scharen sich um das Banner der Organisation und die Arbeiterorganisationen schwellen zu riesigen Heerscharen an. Wo man einstmals die Mitglieder nach Hunderten und höchstens nach Tausenden zählte, da zählt man heute nach Zehntausenden und Hunderttausenden. Besonders die Gewerkschaften bieten das Bild von Vereinigungen, die eine immer größere Anziehungskraft ausüben und immer zahlreichere Berufsgenossen in sich aufnehmen, und ihre Macht, die sich besonders in dem aufgespeicherten Vermögen ausdrückt, wird zu einem Faktor, womit Unternehmertum und Regierung rechnen müssen.

Wenn wir nach den Ursachen dieser Entwicklung von der Organisationslosigkeit zu den Niederorganisationen der Gegenwart forschen, so finden wir verschiedene Umstände, die diese Entwicklung erklären. Sie ist nicht lediglich eine Folge der Agitationsarbeit, sondern, wie jede soziale Erscheinung, ist sie das Ergebnis wirtschaftlicher und sozialgeistiger Ursachen. Es dürfte von Interesse sein, diesen Ursachen einmal nachzuspüren.

Auf den ersten Blick leuchtet ein, daß der moderne Kapitalismus, der das moderne Proletariat in seinem Schoße erzeugt hat, auch die Vorbedingungen geschaffen hat für die Massenorganisationen. Zunächst hat die kapitalistische Technik die Wege geebnet. Durch die geradezu märchenhafte Entwicklung des Verkehrswezens, durch die Ausdehnung des Eisenbahnnetzes bis in die entlegensten Gegenden, durch Dampftriebsverbindungen und elektrische Wagen, durch Post, Telegraph und Telefon haben wir Gegenwartsmenschen die Möglichkeit erlangt, an die breiten Massen des Volkes heranzukommen und sie zu bearbeiten. Durch die vervollkommnung der Buchdrucktechnik wurde diese Möglichkeit erst recht nutzbringend gemacht. Gutenbergs schwarze Soldaten erschienen auf dem Plane und nahmen den Kampf auf gegen Unwissenheit und Rückständigkeit. In zahllosen Zeitungen und Flugblättern, in Broschüren und Zeitschriften wurde der Samen des Wissens über das ganze Volk ausgestreut und in gelehrten Werken, die in populären Darstellungen in die Massen drangen, wurden Weltanschauungsfragen und die höchsten Probleme der Menschheit erörtert. So war es denn möglich, daß eine Agitationsarbeit in Szene gesetzt wurde, wie sie die Welt niemals gekannt hatte.

Wir brauchen uns nur die Verkehrsverhältnisse und die Aufklärungsmöglichkeiten früherer Zeit auszumalen, um die Schwierigkeiten der Organisationsarbeit zu verstehen. Es bietet ja einen eigenartigen Reiz, sich einmal vor Augen zu führen, unter welchen Bedingungen zum Beispiel der altwäldische Hagen-

fürher Spartakus agitiert und organisiert hat. Oder man mache sich einmal klar, welche Schwierigkeiten der mittelalterliche Bauernagitor Jobb Fritz, der um das Jahr 1500 lebte, zu überwinden hatte, um auch nur zehntausend Landleute zu einer Kampforganisation zusammenzuschließen. Da haben es unsere modernen Agitatoren und Organisatoren doch leichter und bequemer: in Sitzügen und Automobilen fahren sie durchs Land und in den kleinsten Orten unseres Vaterlandes reden sie zu ihren Klassengenossen, mit Hilfe des elektrischen Drahtes knüpfen sie neue Verbindungen an und durch Vermittlung der Reichspost treffen sie ihre Anordnungen, in Millionen von Flugblättern legen sie ihre Absichten und Grundzüge dem Volke dar und tagtäglich dringt ihre Presse mit aufklärenden und anfeuernden Artikeln unter die Masse.

Nach durch seine wirtschaftliche Entwicklung schafft der Kapitalismus die Vorbedingungen für die Organisationen. In den Großbetrieben holt er Massen von Arbeitern zusammen, in den Industriegegenden würfelt er die Proletarier der verschiedenen Berufe und Nationen hundert durcheinander und impft ihnen das Gefühl der Zusammengehörigkeit ein, er zerreibt die Kleinbetriebe, wirft die einstmaligen Selbständigen ins Proletariat hinab und erschwert das Selbständigwerden oder macht es völlig unmöglich. Alles dies bereitet den Nährboden für ein einheitliches Zusammenwirken weiter Schichten Arbeiter. Hinzu kommt noch, daß auch in den kapitalistischen Betrieben, besonders in den Mittel- und Großbetrieben, immer mehr ein militärischer Geist großgezogen und gepflegt wird. Die kooperative Arbeitsweise, das planmäßige Zusammenarbeiten zahlreicher Menschen in ein und demselben Raum oder in ein und demselben Werk legt eine Ueber- und Nebenordnung der Beteiligten voraus und verlangt von ihnen Eintracht und Disziplin. Die Arbeiter innerhalb eines Betriebes müssen Hand in Hand arbeiten im Interesse des Kapitals und da ergribt sich dann ganz von selbst die Notwendigkeit, daß sie auch außerhalb des Betriebes zur Vertretung ihrer Interessen zusammenhalten müssen. Die kapitalistischen Betriebe mit ihrer an militärische Formen erinnernden strengen Disziplin gewöhnen die Arbeiter an ein geschlossenes Vorgehen und an eine einheitliche Organisation.

Nach in anderer Beziehung ebnete der moderne Kapitalismus den Organisationen die Wege, in dem er auf eine gesteigerte Bildung des Volkes Gewicht legte. Die kapitalistischen Betriebe, in denen die eine Erfindung die andere förmlich jagte, hatten Arbeiter nötig, deren geistiger Horizont erweitert worden war und die eine große Anpassungsfähigkeit besaßen, um ihr Herz dem Neuen zu öffnen. Darum setzte mit dem Beginn der kapitalistischen Ära ein Bildungseifer ein, wie er noch niemals dagewesen war. Das Jahrhundert der Aufklärung brach an und die Wissenschaft, die einstmalig ein Vorrecht der Gelehrten war, sollte zu einem Gemeingut des Volkes werden. Mit richtigem Instinkt wurde der Hebel an dem tiefsten Grunde angelegt und von unten auf sollte das Volk gebildet werden. Der moderne, kapitalistisch angehauchte Staat ergriff die Führung: er proklamierte den Schulzwang, gründete die Volksschule und trug die Grundlagen der Bildung bis in die fernsten Winkel und kleinsten Dörfer unseres Vaterlandes. Die allgemeine Volksbildung sieg langsam, aber stetig, und immer weitere Schichten des Volkes bekamen Fühlung mit den geistigen Strömungen der Gegenwart.

In der allgemeinen Volksschule wurde der Grund gelegt, auf dem weitergebaut werden konnte. Die Kämmer der Wissenschaft stiegen herab von ihren Stühlen und mischten sich unter das Volk, indem sie die Ergebnisse ihres Forschens und Denkens in populären, das heißt, volkstümlichen Darstellungen unter die Masse warfen. Es ist dies eine Naturgesetzmäßigkeit jener Menschen des vorigen Jahrhunderts, die jeder Unbefangene anerkennen muß. Die Geschichte der Arbeiterbewegung in ihren Anfängen lehrt uns, daß die Arbeiter früherer Zeit ausnahmslos in den bürgerlichen Bildungsvereinen bei die stammweise gesammelt waren, die bei im Dienste der Agitations- und Organi-

isationsarbeit verwendet haben. Die durch den Kapitalismus entfesselte und popularisierte Wissenschaft war der Nährboden, woraus die Arbeiterbewegung hervorsproßte und an der sie sich immer wieder neu belebte.

Netzt war die Zeit reif geworden und der Boden für eine planmäßige Organisation der Massen geschaffen. Die Aufklärung wurde die Waffe, mit der man Unwissenheit und Unverständnis aus dem Felde schlagen wollte; um dieses Bollwerk zu übersteigen, erschien keine Arbeit zu schwer und kein Opfer zu groß. „Bildung macht frei!“ lautete das Feldgeschrei, mit dem die großen und kleinen Arbeiterführer: Generale, Offiziere und Unteroffiziere, in den Kampf zogen. In Tausenden von Versammlungen, in Millionen von Flugblättern und Zeitungen wandten sich die geistig regiamen Arbeiter an ihre Kampfgenossen, wobei sie unabhängig auf die Notwendigkeit des Organisierens hinwiesen. Auch Männer aus den Ober- und Mittelschichten, die die Not der Arbeiterchaft mitfühlten und für das, was not tat, Verständnis hatten, stellten ihre Kräfte in den Dienst der Arbeiterbewegung. Mit flammender Begeisterung schlugerte man den Feuerbrand unter die Massen, und mit geradezu apostolischem Eifer rang man um die Volksseele, um sie aus dem Schlafe zu wecken. Die Kräfte zu revolutionieren und die Einsicht in die wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhänge zu vertiefen war die schwere, aber dankbare Aufgabe jener Pioniere. Und wenn auch in den Anfängen der Bewegung mehr Wert gelegt wurde auf die politische Seite der Arbeiterfrage, so brach sich doch schon sehr bald die Auffassung Bahn, daß auch der Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen geführt werden müsse. Und damit trat die Gewerkschaftsbewegung ins Leben und stieg zu der heutigen Größe und Bedeutung empor.

Binsenwahrheiten.

Was Arbeitern in den für das Kapital Machtwächterdienste leistenden Organen als sittliche Werte und nationalökonomische Wahrheiten aufgetischt wird, geht manchmal über die Gutdummheit. Daß man es wagen darf, Lesern einen solchen Brei von Unfug und Lahnimoral vorzusetzen, ist wirklich wunderbar. Am tollsten treiben es in dieser Beziehung die von den Unternehmern direkt zu diesem Zweck ausgehaltenen Blätter. Als ein besonders abschreckendes Muster dieser Gattung sei einmal die „Deutsche Treue“, Bodenschrift des „Bundes vaterländischer Arbeitervereine“ vorgeführt. Es ist ein Blatt, bestimmt, vielen Tausenden von Arbeitern als geistige Nahrungsquelle zu dienen. Daher lohnt es wohl, sich einmal mit ihm zu beschäftigen!

In zwei Artikeln (in Nr. 6 und 7) verhöhelt das Organ die Gewerkschaften nach allen Regeln ödster Scharlatanerie. Die Gewerkschaften, die mit ihrer Kultur der Solidarität aus den Niederungen des krassen Egoismus hinaufsteigen zu den Höhen des gegenzeitigen Helfens, des Schutzes der Allgemeininteressen gegenüber der brutalen Betonung des ungezügeltsten Jähinteresses sollen damit sittliche Werte vernichten! Solche Moral kann nur vertreten, wer sich für das Kapital prostituiert. Die Verleugnung des Solidaritätsgedankens hat mit Treue verkehrt wenig zu tun, und ähnlich ist das doch wahrhaftig auch nicht! Gegen solche verkrüppelte Moral und gegen niedrige Gesinnung ist jede Polemik nutz- und zwecklos! Solche Mühe sparen wir uns auch! Gezeigt soll jedoch werden, mit welcher unheimlichen nationalökonomischen Argumenten man den bedauernswerten konfessionellen Arbeitervereinslern den Kopf zu verkleinern sucht!

Die „Treue“ unterstellt den Gewerkschaften die Abicht, durch Streiks die deutsche Volkswirtschaft zu schädigen! Wörtlich heißt man die folgende von grandiofer Reichheit oder böswilliger Verdummungsabicht zeugende Ausflusung:

„Millionen und Abermillionen sind auf diese Weise der deutschen Volkswirtschaft unwiederbringlich verloren gegangen; denn daß diese verlorenen Werte je wieder eingebracht werden, wie

es man die Gewerkschaftsführer glauben machen wollen, glaubt von ihnen selbst kein einziger. Je größer und umfangreicher die Lohnkämpfe werden, um so schwerer wird die deutsche Volkswirtschaft geschädigt und damit auch die deutsche Arbeiterschaft. Diese Einsichtlichkeit kennen die Gewerkschaftsführer ganz genau. Je weniger Rohprodukte und fertige Waren zeitweise auf den Markt gebracht werden, je höher werden die Preise zeitweise steigen. Und gerade diese zeitweisen Preis-erhöhungen, die nur vorübergehende Erscheinungen sind, belasten den Haushalt des Verbrauchers, also auch des Arbeiters, am meisten, weil auf Grund solcher vorübergehender Erscheinungen keine Lohn-erhöhungen erfolgen und oft auch wohl kaum er-folgen können. Je öfter und ausgedehnter nun eine absichtliche Hemmung der Gütererzeugung durch die Gewerkschaften erfolgt, um so öfter werden die Ver-bräucher geschädigt. Und diese Schädigungen treffen neben der Beamtenschaft die Arbeiterschaft am schwersten. Das ist so klar, daß es darüber keiner Beweise bedarf. Würde die Hemmung der Güter-erzeugung — gleichgültig ob absichtliche oder un-absichtliche — einen Vorteil darstellen, dann würde ja der ideale Zustand der sein, die Gütererzeugung ganz einzustellen.

Das ist einfach überwältigend! Wirklich, das mußten wir noch nicht, daß die Preise steigen, wenn wenig Rohprodukte und fertige Waren an den Markt gebracht werden! Bisher machte man nämlich die ent-gegenliegende Beobachtung! In den Zeiten der Hoch-konjunktur, wenn alle Produktionskräfte angepannt werden, sinken die Preise hinauf, und in den Zeiten der Krisen, wenn die Produktion stockt, dann fallen sie. Der Wissenschaftler der „Treue“ hat eben keinen Schimmer von den wirtschaftlichen Zusammenhängen! Seine Wissenschaft ist blühender Unsin!

Wachsende Nachfrage treibt die Preise hinauf; wenn diese fallen, bleibt die Kaufkraft hinter der Pro-duktion zurück! Hier ist der springende Punkt! Die Kaufkraft der großen Masse der Bevölkerung wird be-stimmt durch das Verhältnis des Lohnes zu den Warenpreisen. Treiben diese über das bisherige Niveau hinaus, ohne daß in demselben Ausmaß auch die Löhne steigen, dann können die Arbeiter das mehr-erzeugte Warenquantum nicht kaufen und konsumieren. Der Verbrauch bleibt hinter der Erzeugung zurück. So entwickelt sich dann der Zustand, den man fälschlich allgemein als Überproduktion bezeichnet, in Wirk-lichkeit ist er gewöhnlich eine Folge des durch die zu niedrigen Löhne und hohen Warenpreise hervor-gerufenen Unterkonsums. Das darf man in der Re-daktion der „Treue“ nicht wissen, sonst gäbe es einen — **Sinnswort!**

Wäre das richtig, was man den Lesern der „Deutschen Treue“ glaubhaft machen will, dann müßten in den Zeiten wenig gesteigerter Waren-produktion die Preise niedrig sein, sie müßten steigen, wenn eine Krise die Maschinen stillsetzt, Arbeiter-entlassungen an der Tagesordnung wären. Jedes Kind weiß, daß das Gegenteil zutrifft. Und wenn es richtig wäre, daß die Unterbrechung der Güter-erzeugung „Millionen und Abermillionen“ koste, dann begingen die Unternehmer mit ihren Ausperrungen ganz unverzeihliche Dummheiten! Dagegen müßte die „Treue“ dann ihre Argumente richten! Wollte sie sich einmal mit den Beweggründen der Ausperrungen und ihren Folgen beschäftigen, dann könnte sie vielleicht behaupten, daß die Maßnahmen der Unternehmer das vernünftigste Gegenmittel des Streiks bildeten!

Ausperrungen haben den Zweck, das Lohnniveau niedrig zu halten. Erfolge nach dieser Richtung be-günstigen, wie wir sahen, das Geringere von beiden. Die den Streiks zugrunde liegenden Be-strebungen dagegen sind auf eine den steigenden Warenpreisen angepasste Lohnerhöhung gerichtet! Höhere Löhne, d. h. gesteigerte Kaufkraft der breiten Masse, verlängern die guten Konjunkturen, hemmen und mildern Krisen! Das ist der gewaltige Unter-schied zwischen den Absichten und Maßnahmen der Ge-werkschaften gegenüber den ausperrenden Unter-nehmern!

Hätte der Mann von der „Treue“ eine Ahnung von allen diesen Beziehungsbeziehungen oder dürfte er sie haben, müßte er den Lesern sagen, daß nicht die dis-ponible Summe von Arbeitskraft, sondern kapitali-stische Bedürfnisse und Ausbeutungsverhältnisse den Grad der Gütererzeugung bestimmen. Die vor-handenen Arbeitskräfte werden überhaupt nicht aus-genutzt. Trotz der angeblich minis wachsenden Streiks gibt es immer noch Arbeitslose, deren Zahl und ar-beitslose Tage besonders bei ungünstigen Konjunkt-uren weit über die Zahl der Streikenden und der Streikende hinausgehen! Diese Tatsache beweist ganz un-widerleglich, daß der Gesamtarbeiterstand in Folge der Streiks auch nicht eine Stunde Arbeitszeit verloren geht, kein Kilogramm Ware weniger produziert wird.

Den volkswirtschaftlichen Unsin der „Treue“ nach jeder Seite zu beleuchten, dazu fehlt uns der Raum. Es ist dies aber auch nicht notwendig. Nur auf einen Punkt der die Unwissenheit — oder einen gemeinen Zerkümmertsein — der Kapitaldiener deutlich herausstellt, sei noch hingewiesen. Die „Treue“ be-hauptet, Streiks trieben gerade die Löhne des Ar-beiterhaushaltes in die Höhe. Dieser Haushalt wird

vorwiegend durch Lebensmittel belastet. Andere Waren kauft der Arbeiter während des Streiks in der Regel nicht. Er treibt also nicht durch verstärkte Nach-frage den Preis der Waren hinauf. Gewöhnlich wird aber auch der Verbrauch von Lebens- und Genuss-mitteln eingeschränkt, wenn die Arbeit ruht. Die Er-zeugung von Agrarprodukten leidet nun aber wenig oder gar nicht! Die Getreideernte, die Viehproduktion wird durch Streiks der Industriearbeiter nicht be-trübt. Schränken sie dazu den Konsum ein, dann kann das keine Preissteigerungen, sondern höchstens Preisrückgänge hervorrufen. Nach dieser Richtung ist es mit Schädigungen der Arbeiterschaft durch Streiks also auch nichts! Es ist einfach unglaublicher, allerplumpester Schwindel, die herrschende Lebens-mittelverknappung wenigstens zum Teil auf Streiks zu-zuführen!

Wer in politischen und volkswirtschaftlichen Dingen mitreden will, der muß mindestens wissen, daß die Verteuerung der Lebensmittel dem gewollten Zweck der agrarischen Wirtschaftspolitik entspricht und daß die Lebensmittelwucherpolitik der herrschen-den Parteien in Verbindung mit der Profitgier des industriellen Kapitals die Arbeiter in Lohnkämpfe hineintreibt. Ihnen dabei Steine in den Weg legen zu wollen, zeugt von unverzeihlicher Beschränktheit oder hohlenloser Gesinnungslosigkeit. Ueber solche Wahnwahrheiten kann keine gekaufte Gefälligkeit und auch kein freiwilliger kapitalistischer Dienstwille hinwegtäuschen. Der Versuch dazu verrät nicht „Treue“, sondern Verratsabsichten! —

- Du bist** noch kein vollwertiges Mitglied der Organisation, wenn du nur keine Beiträge bezahlst, dich aber sonst nicht um deinen Verband kümmerst.
- Du mußt** deine Kraft in den Dienst deines Verbandes stellen; du mußt mit raten und mitarbeiten, soviel in deinen Kräften steht.
- Du darfst** nicht glauben, die andern werden es schon machen. Wenn alle sich auf die andern verlassen, wird nichts getan; wenn alle mitarbeiten, wird jede Arbeit leicht.
- Du kannst** immer und überall mitarbeiten, wenn du den rechtlichen Willen hast. Nur Brüderberger finden nie Ge-legenheit zur Mitarbeit.

Die Haftung der Gewerkschaften für die Handlungen ihrer Angestellten.

Ueber obiges Thema hielt Rechtsanwalt Saenger im Münchener Gewerkschaftsverein einen Vortrag, über den die „Münchener Post“ ausführlich berichtet. In Rücksicht auf die große Bedeutung der Frage und die dahingehenden Bestrebungen der Unter-nehmer geben wir den instruktiven Vortrag wieder. Eingangs seiner Ausführungen wandte sich der Referent zunächst den in dieser Frage bestehenden gesetzlichen Zuständen in England zu. Von 1867 bis 1869 tagte zur Vorbereitung des eng-lischen Gewerkschaftengesetzes von 1871 eine Königl. Untersuchungskommission. In ihr wurde zum erstenmal über die Frage nach der Haftbarkeit der gewerkschaftlichen Organisationen für „unrechtl. Hand-lungen ihrer Agenten“ debattiert. Das berühmte englische Gewerkschaftengesetz erlangte am 29. Juli 1871 die königliche Genehmigung. Die Jahre 1901 und 1906 setzten auf dem Wege des englischen Gewerk-vereinsrechts zwei Marksteine von größter Bedeutung. 1901 verleiht die Trade Union durch Richterspruch in dem hochberühmten **East Dale Case** ihre bis dahin geschätzte vermögensrechtliche Immunität. 1906 gibt das **Trade Disputes-Gesetz** den Gewerkschaften die ihnen 1901 genommene vermögensrechtliche Stellung zurück. Im August 1901 begannen die Arbeiter der **East Railway Company** einen Streik. Aus diesem Streik entwickelte sich der berühmte **East Dale Case**. Der Gewerkschaftssekretär der englischen Eisenbahnerorganisation **Bell** billigte in einem Schreiben an den Direktor der Eisenbahngesellschaft den Streik, und die gewerkschaftliche Organisation organi-sierte ein umfassendes Streikpostensystem. Die Eisen-bahngesellschaft erreichte aber zunächst in der ersten Gerichtssitzung eine Verfügung, wonach die Maß-nahmen des Gewerkschafts zu unterbleiben hätten; außerdem wurde ein Schadenersatzanspruch gegen die Organisation von 23 000 Pfund anerkannt. So war zunächst im Prinzip die Haftbarkeit der Gewerkschaften für Handlungen ihrer Angestellten anerkannt. In den nächsten Jahren fand verschiedene Versuche in der englischen Gesetzgebung zu verzeichnen, den früheren Rechtszustand wieder herzustellen. 1906, nach fünf-jährigem Kampfe traten die Gewerkschaften. In dem neuen Gesetz vom 21. Dezember 1906, dem berühmten **Trade Disputes Act**, stand die grundlegende Ver-änderung:

„Kein Gerichtshof soll eine Plage annehmen gegen einen Gewerkschaftsverein, sei es einen solchen von Ar-beitern oder Meistern oder gegen irgendwelche seiner Mitglieder und Beamten, mit Bezug auf irgendeine schädigende Handlung, begangen vom oder zugunsten des Gewerkschafts.“

Man hat nach diesem jetzt geltenden Gesetz direkt von einem **Mord- und Brandstifterprivileg** zugunsten der Gewerkschaften gesprochen. Bei diesem Gesetz von 1906 betr. die Immunität der Gewerkschaften handelt es sich aber nur um den Streik, um die im Streik und im Zusammenhang mit dem Streik begangenen Hand-lungen.

Ueberleitend auf das geltende deutsche Recht definiert Referent zunächst den Begriff der natürlichen und der juristischen Person nach dem geltenden Recht des Bürgerlichen Gesetzbuches. Aufbauend auf der Charakteristik der „juristischen Person“ und des „Ein-getragenen Vereins“ legte der Redner dar, daß die Gewerkschaft in Deutschland niemals eine solche juristische Person sein kann. Einmal wird auf Grund der bestehenden Gesetze die Staatsgewalt von heute niemals den Arbeiterorganisationen eine derartige Rechtsfähigkeit geben, andererseits werden aber auch die Gewerkschaften niemals eine solche Rechtsfähigkeit nach dem bürgerlichen Rechte anstreben, denn sie würde den Arbeiterorganisationen eine geradezu verhängnis-volle Haftung auferlegen. Und darum eben von beiden Seiten die wiederholten Versuche, den Arbeiterberufs-vereinen eine „Rechtsfähigkeit“ zu geben: von den Arbeiterfeinden, um hierdurch eine Haftung der Or-ganisationen mit ihrem gesamten Vermögen herbei-zuführen; von den Arbeiterfreunden, um durch Ver-leihung der Rechtsfähigkeit in einem besonderen Gesetz den Gewerkschaften unter Ausschluß der ungeheuer großen Haftung der heutigen juristischen Personen des Bürgerlichen Gesetzbuches die großen Vorzüge einer Rechtspersönlichkeit zu sichern. Den rechtsfähigen Vereinen gegenüber stehen die einfachen, nicht rechts-fähigen Vereine. Zu diesen gehören die nicht rechts-fähigen Vereine des § 54 des Bürgerlichen Gesetzbuches und die nicht rechtsfähigen Vereine des § 152 der Reichsgewerbeordnung. Zu diesen beiden Klassen von Vereinen werden die Gewerkschaften, und zwar einzeln, wie auch in ihrer Verbindung untereinander in der Form örtlicher Kartelle, gerechnet. Die Vereine, die den in § 152 der Reichsgewerbeordnung bezeichneten Zweck verfolgen, sind Vereine „minderen“ Rechtes; ihnen bleibt jeglicher staatlicher Schutz vorenthalten. Darum jenes soziale und auch juristische Unrecht, daß der aus der Arbeitervereinigung im Streik aus-scheidende Streikbrecher nicht zur Verantwortung im Namen des Rechts gezogen werden darf, und doch ist kein Tag vielleicht der Grund, daß Hunderte seiner Kollegen durch einen verlorenen Streik schlechter ge-stellt werden. Dem nicht rechtsfähigen Verein geht also die Fähigkeit, als handelndes Subjekt aufzutreten, ab. Jedoch besitzt auch er eine gewisse beschränkte Rechtsfähigkeit. Der nicht rechtsfähige Verein besitzt nämlich eine sogenannte prozessuale Parteifähigkeit, d. h. er kann gemäß § 50 Abs. II. der Zivilprozeß-ordnung verklagt werden. Demgemäß findet gegen den Verein, das Vereinsvermögen Zwangsvollstreckung statt; auch kann das Konkursverfahren über ihn er-öffnet werden. Eine Folge dieser prozessualen Partei-fähigkeit ist, daß der Verein in einem gegen ihn an-hängig gemachten Klageverfahren auftreten, so eine Widerklage gegen den Kläger stellen kann. In den genannten Rechtsbeziehungen hat daher auch der Vor-stand die Stelle eines gesetzlichen Vertreters. Allein es ist ausdrücklich festzustellen, daß diese passive Pro-zessfähigkeit des Vereins das materielle Recht in keiner Weise berührt. Der nicht rechts-fähige Verein will vor allem nach außen hin als ein geschlossenes, einheitliches Ganzes auftreten. Darum legt er sich in der Regel auch einen besonderen Namen bei. Die Mitglieder können so unter einem Vereins-namen einheitlich zusammengefaßt werden. Aber für den Rechtsverkehr bleiben trotz dieses Willens zu einem einheitlichen Leben doch noch sehr bedeutende Schwierigkeiten. Will der Verein, die Gewerkschaft, die verklagt werden kann, selbst klagen, so müssen die Mitglieder als Kläger auftreten. Der Vorstand kann trotz einer etwaigen Satzungsbestimmung, daß er der Verein in allen Rechtsstreitigkeiten vertritt, nicht für Rechnung des Vereins, sondern nur namens der einzelnen aufzuführenden, zur Zeit der Klagestellung vorhandenen Mitglieder klagen. So viel über die allgemein rechtlichen Fragen des gewerkschaftlichen Vereins.

Entsprechend der doppelten Art der menschlichen Handlungen, der rechtsgeschäftlichen Handlung und der nicht rechtsgeschäftlichen oder der unerlaubten Hand-lung der Verträge unterscheidet man zwei ver-schiedene Arten der Haftung: 1. die Haf-tung, die aus einem Rechtsgeschäft und hier ins-besondere aus einem Vertrag entspringt, und 2. die Haftung, die nicht aus einem Rechtsgeschäft, sondern aus einer spontan begangenen, in keinem Zusammen-hang mit irgendeinem Rechtsgeschäft stehenden un-erlaubten Handlung entspringt. Und so können denn auch die Haftungsverbindlichkeiten der Gewerkschaften oder Gewerkschaftskartelle von einem zweiseitigen Ge-richtspunkte aus betrachtet werden: die durch Vertrag oder sonstiges Rechtsgeschäft entstehenden Verbindlich-

feiten und die durch unerlaubte Handlungen begründete Haftung. Eine Haftung des Vereins für Handlungen seiner Mitglieder nur am der Mitgliedschaft willen kennt das Bürgerliche Gesetzbuch nicht.

Am einzelnen sei zu den aus Vertrag oder sonstigen Rechtsgeheimnissen für die Gewerkschaft entstehenden Verbindlichkeiten folgendes bemerkt: Die Gewerkschaft kann sich selbstverständlich wie jeder andere Verein auch insbesondere durch Verträge verpflichten. Auch die Gewerkschaft kann daher Schuldner eines Gläubigers werden. Sie hat daher in ihrer Eigenschaft als Schuldner eines Gläubigers sich für die Erfüllung ihrer rechtsgeschäftlichen, bestimmten Verbindlichkeiten einzusetzen, wie jeder andere gewöhnliche Schuldner auch. Denn auch für die Gewerkschaft gilt der § 278 des Bürgerlichen Gesetzbuches:

„Der Schuldner hat ein Verschulden seines gesetzlichen Vertreters und der Personen, deren er sich zur Erfüllung seiner Verbindlichkeit bedient, in gleichem Umfang zu vertreten wie eigenes Verschulden.“

Es muß sich aber, wohlgemerkt, um irgendeine Verbindlichkeit des Vereins handeln. Und es muß sich um das Verschulden einer ganz bestimmten Person, nämlich desjenigen, der vom Verein oder den zuständigen Vereinsorganen zur Erfüllung der Vereinsverbindlichkeiten bestimmt ist, handeln. Das Reichsgericht hat oftmals ausgesprochen, daß es Pflicht des Gastwirts ist, alle dem Gaste zum Gebrauch überlassenen Räume, mithin auch die Bedürfnisanstalt in gefahrlosem Zustand zu erhalten; desgleichen, daß der Inhaber eines Ballhauses oder Theaterunternehmens für die genügende Sicherheit der Zugänge zu sorgen hat. Der gleiche Grundsat beispielsweise auf einen Gewerkschaftsverein angewandt, ergibt: Der Gewerkschaftsverein, der in seinem Hause einen Restaurationsbetrieb unterhält, haftet für den Schaden, den ein Gast durch ungenügende Zugänge zum Wirtschaftsraum erleidet. Ist der Schaden durch den vom Gewerkschaftsverein angestellten Hausmeister dadurch entstanden, daß dieser die Beleuchtung vergaß, so haftet hierfür der Gewerkschaftsverein; denn er hat sich des Hausmeisters bedient und seine Verbindlichkeit gegenüber dem Gast, in einem geordneten Zugangswege bestehend, durch die zur Erfüllung seiner Verbindlichkeit bestellte Person ungenügend erfüllt.

Insebesondere aber bei Abschluß von Verträgen kann die vertragliche Haftung von ganz besonderer Bedeutung sein. Verträge einzugehen, ist dem nicht rechtsfähigen Verein auf den verschiedensten Gebieten möglich. Es sei nur auf die Möglichkeit verwiesen, daß eine Gewerkschaft mit einem Theaterunternehmen einen Vertrag auf Veranstaltung eines Theaterabends schließt. Der mit der Bekanntmachung der Theatervorstellung von der Gewerkschaft beauftragte vergißt die Bekanntmachung des Theaterabends. Die Theatervorstellung kann infolgedessen nicht stattfinden. Der hierdurch der Theatergesellschaft entstandene Schaden ist selbstverständlich von der Gewerkschaft zu decken. Weit wichtiger aber wird die Frage der vertragsmäßigen Schadenhaftung bei den von den Arbeiterverbänden im Gebiete des sozialen Lebens abgeschlossenen Verträgen. Wie steht es mit dem Schadenersatz bei Tarifverträgen. Hier kommt die vertragsmäßige Schadenhaftung wegen Nichterfüllung in Frage, und zwar wegen Nichterfüllung auch durch die einfachen Gewerkschaftsmitglieder. Das Reichsgericht hat sie am 13. Oktober 1911 um dessentwillen verneint, weil weder aus dem Inhalte der damals vorliegenden Abmachung, noch aus der rechtlichen Natur des Tarifvertrages sich ergebe, daß der beklagte Verband eine Garantie für die Einhaltung der gemäß dem Tarifvertrage abgeschlossenen Dienstverträge seiner Mitglieder übernommen habe; vielmehr gehe der Wille der Verbände nur auf das Versprechen, mit ihren Mitteln auf den Abschluß tarifmäßiger Dienstverträge durch ihre Mitglieder zu wirken. Für jenes Reichsgerichtsurteil war allerdings maßgebend der Inhalt der damals getroffenen Abreden. Eine direkt übernommene Pflicht, die Mitglieder zur Einhaltung des Tarifs zu verpflichten, war in jenem Reichsgerichtsurteil nicht festzustellen. Die Gewerkschaften werden es sich auch sehr wohl überlegen müssen, bei der derzeitigen Rechtslage eine derartige strikte Verpflichtung im Tarifvertrag selbst einzugehen. Sie würden sich damit eine Sattungs-pflicht für jeden einzelnen Fall der Verletzung des Tarifvertrages an irgendeinem Ort durch irgendeinen einzelnen Arbeiter auferlegen, was selbstverständlich unter Umständen eine sehr bedeutende Haftung der Gewerkschaften bedeuten kann. Bei der Vermögenslosigkeit der Angehörigen der Gewerkschaften im allgemeinen wäre selbstverständlich auch praktisch eine Rückerstattungs-pflicht des tarifbrüchigen Arbeiters unmöglich. Die eine Pflicht muß allerdings auch heute schon für die Gewerkschaften anerkannt werden: Alles zu unterlassen, was geeignet ist, die zugehörigen Arbeiter von der Tariffreude abzubringen oder in der Tariffreude zu bestärken. Am Falle der Nichterfüllung wäre somit die Gewerkschaft für die Handlungen ihrer Mitglieder und ihrer Angestellten in Bezug auf den Tarifvertrag haftbar.

Weit wichtiger als diese rechtsgeschäftliche Haftung der Gewerkschaften ist, insbesondere im praktischen Ergebnis, die Frage der sogenannten **Verpflichtung der Gewerkschaften für Handlungen ihrer Mit-**

gestellten. Der nach dem geltenden Recht einzunehmende Standpunkt ist dahin zu fixieren: der nicht rechtsfähige Verein, also auch die Gewerkschaft und die Gewerkschaftskartelle, hatten im allgemeinen nicht für die von ihren Angestellten verübten unerlaubten Handlungen. Entgegen den klaren Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches macht sich immer mehr eine Strömung geltend, die selbst schon auf der Grundlage des jetzt geltenden Rechts auch eine Haftung des nicht rechtsfähigen Vereines auch für unerlaubte Handlungen ihrer Angestellten bezweckt. Das Bürgerliche Gesetzbuch kennt — und das sei zur Begriffsbestimmung unerlaubter Handlungen bemerkt — eine ganze Anzahl sogenannter verbotener unerlaubter Handlungen. Sie finden sich niedergelegt in den §§ 223 und 253 des Bürgerlichen Gesetzbuches, und diese nach dem Geiste und allgemein unerlaubten Handlungen decken sich in der Hauptsache mit den Handlungen, die wir auch vom Standpunkt der Moral und des gesellschaftlichen Gemeinlebens für unerlaubt halten müssen. Wer vorsätzlich oder fahrlässig das Leben, den Körper, die Gesundheit, die Freiheit, das Eigentum eines anderen widerrechtlich verletzt, wer der Wahrheit zuwider über einen anderen eine Behauptung aufstellt, wer an der Geschlechtschre der Frau sich vergreift, wer überhaupt in einer gegen die guten Sitten verstoßenden Weise einem anderen vorzüglich Schaden zufügt, der beachtet vom juristischen und vom allgemein menschlichen Standpunkt aus eine unerlaubte Handlung und haftet aus dieser seiner unerlaubten Handlung heraus für den dadurch entstandenen Schaden.

(Schluß folgt.)

Die internationale Gewerkschaftsbewegung 1911.

I. S. Soeben erscheint der fällige Jahresbericht des Internationalen Sekretariats der gewerkschaftlichen Landeszentralen, der sich diesmal in einem holländischen Bande von 220 Seiten präsentiert. Im vorigen Jahre umfaßte er einschließlich des Berichts der internationalen Konferenz 188 Seiten. Damals fehlten die Einzelberichte von drei angeschlossenen Landeszentralen, diesmal nur von England, dessen Zentrale, wie der Genosse Legien in seinem Vorbericht sagt, mit solchen Arbeiten zu sehr überhäuft war, die sich aus der Durchführung der Versicherungsgesetze ergeben.

Auch sonst ist der Bericht immer noch lückenhaft, gestaltet aber von Jahr zu Jahr immer lehrreichere Vergleiche über die Arbeiterbewegung jener Länder, die dem Sekretariat angeschlossen sind. Es sind deren jetzt 19, nachdem die bulgarische Zentrale bis zur Erledigung ihrer Differenzen mit einer zweiten Zentrale desselben Landes suspendiert werden mußte. Leider fehlen im Sekretariat immer noch die Gewerkschaften, welche in Australien, Neuseeland, Südafrika und Südamerika bestehen, wie auch der größte Teil der englischen Gewerkschaften, soweit diese nämlich der dortigen Landeszentrale, die eigentlich nur eine Streitkräftversicherungsorganisation darstellt, nicht angehören. Deren Anschluß würde die Mitgliederzahl des Sekretariats um mehr wie 2½ Millionen vermehren.

Eine wertvolle Bereicherung des internationalen Berichtes bilden die Sonderberichte der internationalen Sekretariate, die zum erstenmal aufgenommen wurden. Dabei ist bemerkenswert, daß fast alle in Deutschland domizilierenden Sekretariate Berichte einreichten, von den vier Sekretariaten jedoch, die in anderen Ländern ihren Sitz haben, gingen besondere Berichte nicht ein. Auf diesen Teil des Berichtes kommen wir später zurück.

Eine gute Übersicht über die Gewerkschaftsbewegung der dem Sekretariat angeschlossenen Länder bietet die folgende Tabelle:

	Zahl der Gewerkschaftsmitglieder			
	Insgesamt		Der Landeszentrale angeschlossen	
	1910	1911	1910	1911
England	2 440 723	3 010 346	710 294	861 482
Frankreich	977 350	1 029 288	340 000	450 000
Belgien	188 228	227 755	68 084	77 224
Niederlande	143 850	153 689	44 120	52 235
Dänemark	123 861	125 224	101 563	105 269
Schweden	121 180	116 500	85 176	80 129
Norwegen	47 433	53 830	46 397	53 475
Finnland	24 928	19 640	15 346	19 645
Deutschland	2 688 144	3 061 002	2 017 298	2 339 780
Oesterreich	451 232	490 265	400 565	421 905
Polen	—	—	—	—
Serbien	—	—	—	—
Rumänien	—	—	—	—
Bulgarien	—	—	—	—
Spanien	—	—	—	—
Italien	—	—	—	—
Portugal	—	—	—	—
Japan	—	—	—	—
Südafrika	—	—	—	—
Australien	—	—	—	—
Neuseeland	—	—	—	—
Südafrika	—	—	—	—
Südamerika	—	—	—	—
Zusammen	9 905 180	11 435 498	6 121 711	6 900 235

Die Zahl aller Gewerkschaftsmitglieder ist demnach in diesen Ländern im Laufe eines Jahres von 9 905 180 auf 11 435 498, die Zahl der Mitglieder der betreffenden Landeszentralen von 6 121 711 auf 6 900 235 gewachsen. Nur für 7 Männer konnte der Prozentsatz aller Organisierten in der Industrie festgestellt werden. Es waren von der gesamten Arbeiterbevölkerung in Dänemark 31,75 Prozent, in Deutschland 23,91 Prozent, in Norwegen 27,04 Prozent, in Schweden 21,88 Prozent, in den Vereinigten Staaten 17,26 Prozent, in Spanien 11,04 Prozent, in Italien 11,04 Prozent.

Neben die Organisationsverhältnisse der Gewerkschaften sind ferner die Organisationsverhältnisse der Gewerkschaften und

gemacht. Die Jahreszunahme dieser, also etwa der Hälfte aller Gewerkschaften betrug 180 Millionen Mark, die Ausgabe 142 Millionen Mark. Darunter befinden sich 75 Millionen Mark, die für Unterhaltungsarbeiten aufgewendet wurden. Aber die Hälfte aller Ausgaben sind also den Gewerkschaftsmitgliedern in Form von direkten Unterhaltungen wieder zugeflossen. Ferner wurden 50 Millionen Mark für Streiks ausgegeben. Hieron entfallen auf die Vereinigten Staaten und Deutschland je 15,8 Millionen, auf England 7,2 Millionen Mark usw. Weiter läßt sich noch nicht feststellen, welches die Ergebnisse der Wohlfahrtsarbeiten in allen Ländern sind, denn kaum würde sich zweifellos ergeben, daß die Gewerkschaften schon heute in allen Ländern die Lebenslage der arbeitenden Bevölkerung ganz gewaltig verbessern und herabsetzen. Was den Betrieben der einzelnen Länder, auf die wir noch nach Möglichkeit später zurückkommen, seien hier einige Bemerkungen angeführt:

Bei dem Bericht aus Frankreich interessiert besonders die große Zahl der Gewerkschaftsmitglieder, die in den letzten Jahren geschaffen worden und die alle momentlich aufgeführt sind. Nicht erregt man zu monatelang Unterhalt sind auch die im Zeitverlaufe gegebenen Hinweise des Gewerkschaftsbundes, die anlässlich der Lebensmittelpreissteigerung gegen den Krieg, gegen die Anwendung von Lohnuntergrenzen und für den freien Sonnabendnachmittag erlassen wurden. — Der Bericht aus Belgien betont, daß die Tendenz der Gewerkschaften, sich zu zentralen Landes- und Industrieverbänden zusammenzuschließen, immer deutlicher wird und auch schon eine Reihe von Erfolgen aufzuweisen kann. — Holland hat jetzt glücklicherweise verschiedene Gewerkschaftsrichtungen, neben der dem internationalen Sekretariat angeschlossenen Landeszentrale besteht eine solche der anarchistischen Gewerkschaften, eine solche der christlichen und eine weitere der katholischen Arbeiterorganisationen, doch hat die erstere fast doppelt so viele Mitglieder wie die anderen Gruppen zusammen, trotzdem die katholischen Gewerkschaften längere Zeit die christlichen und die katholischen Gewerkschaften längere Zeit. — In Dänemark ist, das den größten Prozentsatz der organisierten Arbeiter überhaupt umfaßt, brachte das Berichtsjahr eine Reihe von Angriffen auf die Organisationsform der Landeszentrale. Zum Teil waren sie der Agitation der „Sonderkassen“ zu verdanken. Es wurde deshalb von einer Gewerkschaftskonferenz ein besonderer Ausschuss eingesetzt, der untersuchen soll, ob an der gegenwärtigen Organisationsform Änderungen vorzunehmen sind oder nicht. — Schweden hat berichtet über eine Wiederbelebung der Gewerkschaftsbewegung, die nach dem großen Kampfe des Jahres 1909 etwas zurückgegangen war. Leider wird der Aufstieg sehr durch die zerstückelnde individualistische Agitation gehindert, sehr zur Genugung des Unternehmertums. Dabei haben die individualistischen Gruppen irgendeine numerische Bedeutung nicht. Ihre Agitation dient vielmehr vielen Arbeitern nur als Grund, überhaupt keine Gewerkschaft beizutreten. — Norwegen zeigt eine rasche industrielle Entwicklung. Während seit 1860 die Bevölkerung sich um 40 Proz. vermehrte, liegt die Zahl der Industriearbeiter im Lande um 500 Proz. Das erklärt zum Teil das Anwachsen der Gewerkschaftsbewegung, das auch im letzten Jahre anhielt, trotzdem der größte Teil der Mitglieder in schwere Arbeitskämpfe, nicht sogar in Ausparierungen, verwickelt war. — In Finnland, wo die Bewegung unter der russischen Ära zu leiden begann, wuchsen besonders die Luchsbänder einen harten Kampf bestehen, der aber dank der Hilfe der ausländischen Gewerkschaften mit einem Siege der Arbeiter endete. — Aus Deutschland kommt wie gewöhnlich der umfassendste Bericht, der auch auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des Jahres eingeht und dann besonders die gewerkschaftlichen Gewerkschaften, die Internationalsverbände usw. behandelt. Die deutschen Gewerkschaften berichten über ein Jahr harter Arbeit und reicher Erträge auf allen Gebieten. — Auch die Gewerkschaften in Oesterreich machen bedeutende Fortschritte, damit die separatistische Strömung, namentlich aus dem separatistischen Agitation herauswuchernde Streikrieg bald enden wird. Er hat sogar schon auf die öffentlichen Bahnen und auf die Wohnbewegungen eingewirkt, so allerdings die Arbeiter sich nach Nationen sortieren und befinden, soweit nämlich die separatistische Arbeit fruchtbar liegt. — In Serbien, Bulgarien, Rumänien, Ungarn, Polen, dem holländischen Lande der Niederlande, gelang es den Gewerkschaften, ihren Bestand stark zu erhöhen, doch ist der Prozentsatz der Organisierten in der Provinz immer noch sehr gering. Das liegt zum Teil an der wirtschaftlichen Rückständigkeit des ganzen Landes, das nur der Feigheit und dem Ehrgeiz einzelner Leute als Spielball dient. — Norwegen zeigt aufsteigende Gewerkschaftsbewegung und niedrige Auswanderungsziffern, wie man das übrigens auch in anderen Ländern beobachten kann. Man darf aus diesem Umstande wohl folgern, daß die Gewerkschaften namentlich einigermassen die Lage der Arbeiter entschärfen machen und ihnen mehr Selbstvertrauen beibringen können. Alle guten Werte und alle Wohlfahrtsarbeiten von oben haben bisher noch nie ein gleiches Resultat zuwege gebracht. — In Rumänien leben die Gewerkschaften infolge des Krieges im Nachbarkunde in einem Ausnahmestande, der ihre Tätigkeit sehr behindert. Deshalb ist der Bericht dieses Landes nur sehr kurz. Anstatt in dem Bericht des Sekretariats recht nehmen und ferner die Schritte der Annahme, welche Gewerkschaften zu gründen, einzutragen unternehmen. Ganz wie anderswo auch. — Auch in Serbien leidet die Arbeiterbewegung unter fast ununterbrochener Unterdrückung der regierenden Klassen und des Unternehmertums. Trotzdem haben sich die Gewerkschaften in den letzten Jahren gut entwickelt und auch eine Anzahl eigene Blätter gegründet. Durch den Krieg ist ihre Tätigkeit allerdings ziemlich unterbrochen, so daß erst das Ende des Krieges abgewartet werden muß, um zu sehen, ob und wie die Arbeiterbewegung diese Katastrophe überwinden hat. — Aus der Schweiz liegt ein umfangreicher, reich mit Statistiken versehener Bericht vor, aus dem besonders das

Stapel über die Engpassfrage internationaler dürfte. — Nach Italien hat mehrere Bundeszentralen, und zwar neben der dem internationalen Sekretariat angeschlossenen eine solche der Sandhändler und eine andere der hochqualifizierten Arbeiter, inwieweit notwendig jede einheitliche Aktion der Arbeiterklasse fast unmöglich wird. Trotzdem gelang es durch einen einmütigen einstimmigen Generalstreik gegen das irreführende Kriegspropaganda zu protestieren. Das größte Teil der organisierten Arbeiter helfen im Norden heimatisch der Landarbeiter. — Von den Gewerkschaften in Spanien ist nur ein kurzer Bericht eingegangen. Danach ist die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder auf rund 100.000 gewachsen; ein Erfolg bedingt durch den Vorstoß der Regierung und der Sozialisten einheimischer und ausländischer Kapitalisten, denen die Arbeiterklasse Spaniens schweren Tribut zahlen muß. — Die Vereinigten Staaten sind durch einen besonders ausführlichen Bericht vertreten, in dem ausführlich über die industrielle Welt und Einfluß der Gewerkschaften nachgegangen wird. Die im Bericht angeführten Zahlen zeigen die Entwicklung der Gewerkschaften und auf nachfolgenden Seiten lassen erkennen, daß auch in den Vereinigten Staaten der Kampf zwischen Kapital und Arbeit immer erdichter wird und daß die Arbeiter es wohl verstehen, sich mittels ihrer Organisationen besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschaffen.

Der zweite Teil des internationalen Berichts, der die in der letzten Versammlung des Sekretariats behandelte, in Höhe von 100.000 Mitgliedern in der modernen Arbeiterbewegung 28 jülicher internationaler Sekretariate, von denen 24 ihren Sitz in Deutschland haben, 2 in England und je eins in Holland und der Schweiz. Dabei ist das Sekretariat der Arbeiter erst kurzlich entstanden. Dieser haben die Sekretariate außerhalb Deutschlands keinen Bericht gegeben. Die Mitgliederzahl der jülicher Bewegung im Jahre 1912: Arbeiter 415.500 (14), Bauarbeiter 115.801 (6), Buchhändler 46.388 (12), Buchbinder 124.700 (14), Fährarbeiter 25.052 (7), Friseurgehilfen 4100 (5), Gewerkschaften 21.765 (5), Glasarbeiter 49.450 (17), Holzarbeiter 520.600 (20), Hotel- und Restaurantangestellte 25.129 (7), Kautschuker 30.200 (13), Kürbner 6306 (4), Schiffarbeiter 34.266 (14), Metallarbeiter 570.420 (15), Kurzschneider 36.150 (7), Seifler 15.567 (5), Schneider 101.500 (15), Schuh- und Lederarbeiter 64.400 (11), Eisenarbeiter 45.000 (16), Eisenarbeiter 30.125 (7), Friseurgehilfen 22.816 (21), Köcher 15.976 (6), zusammen 3.763.291 Mitglieder, in das einschließlich der nicht genannten Gewerkschaften, Fernarbeiter usw. weit über 5 Millionen Arbeiter der internationalen Sekretariate sind eingeschlossen und zusammen bleibt diese Zahl noch weit zurück hinter der Mitgliederzahl der Bundeszentralen. Besonders in England und den Vereinigten Staaten gibt es noch viele Gewerkschaften, die für die internationalen Sekretariate noch gewonnen werden können.

Die allmähliche Entwicklung der internationalen Sekretariate geben eine klare Vorstellung über die Entwicklung und Geschichte des internationalen Sekretariats. Diese Entwicklungen über die Vorgänge der gewerkschaftlichen Internationalen und besonders international. Sie zeigen, wie sich schon die Arbeiter dazu gekommen sind, mit ihren Arbeitgebern jenseits der Landesgrenze nähere Beziehungen zu suchen und mit ihnen zusammenzuarbeiten. Und die internationalen Sekretariate haben sehr wichtige Aufgaben in der Gewerkschaftsbewegung zu erfüllen und deshalb wird die allmähliche Entwicklung dieser Sekretariate im internationalen Bericht des internationalen Sekretariats der Bundeszentralen nicht nur interessant, sondern auch lehrreich und wichtig sein. Zu wünschen wäre nur, daß diese Berichte wie auch die Berichte der Bundeszentralen einheitlicher und vor allem Dinge mehr mit zahlenmäßigen Belegen ausgestattet werden. Gerade bei diesen internationalen Beziehungen sind Zahlen sehr wichtig; es ermöglicht und trägt dem Arbeiter Selbstverständnis ein, wenn er beobachten kann, wie die Organisationen anderer Vereine und Länder Fortschritte machen, sie zeigen auch zu vergleichen an und werden dadurch reformatorisch überall dort, wo es etwas zu verbessern gibt. Deshalb wird in dem internationalen Bericht, der in diesem, ebenfalls, transparenz und vollständig, eine recht große Verbreitung unter allen in der Arbeiterbewegung tätigen zu wünschen.

Wirtschaftliche Rundschau

Fortgesetzte Welt- und Kreditmarkt und Fortsetzung. — **Wichtige Faktoren für Rohproduktions- und Kapitalmarkt.** — Der Preisfall auf dem englischen Rohstoffmarkt.

Es war ja nicht bei man demal beabsichtigt und widerwärtigen Wirtschaftsverhältnissen gegenübergekommen wie in der letzten Woche und Monaten. Während an der Börse, auf dem Welt- und Kreditmarkt Gelden und Zahlungsmittel über lange nichts Seltenes mehr ist, fallen sie gerade die größten und wichtigsten Produktionszweige nach wie vor nach wie vor an. Verschärft man lebhaft die Erzeugnisse, so würde man vorerst von Hoch- und Niedrigpreisen sprechen. Auf der anderen Seite zeigen keine so unangenehm geradezu lebenslange Krisen. Die beiden gegenwärtigen Bewegungen können unendlich heftig lange selbständig nebeneinander bestehen, nur wenn nicht eine rasche und gründliche Einigung des weltweiten Handels den günstigen Tendenzen nochmals allgütige Überdosis gibt, in was die Krise des Welt- und Kreditmarktes schließlich auch in der Kapital- und Zinsentwicklung der Produktion zum Ausdruck kommen.

Man hat sich schon vorhin im nachhinein, nach der Aufhebung der Jahresberichte, die Zeit der großen Weltwirtschaft an die Bundes, der großen Annehmungen neuer aufsteigender Weltwirtschaft. Die Kennzeichen, vor allem auf dem Welt-, Kredit- und Geldmarkt, verweist man deshalb mit Besorgnis für diese Jahresberichte. Im laufenden Jahre kam die Deutsche Reichsbank, zum erstenmal seit ihrem Bestehen, im ganzen Monat Januar nicht aus der Strauchschicht heraus, obwohl die internationalen Handelsbeziehungen im Anfang 1913 um 115 Millionen Mark höher lag, als im 1912 um 115 Millionen Mark. Erst die dritte Februarwoche

brachte eine Erleichterung, wie man sie früher als normal gehalten hat. Trotzdem ist das Zurückbleiben hinter dem bereits überholt angekommenen Vorjahre 1912 verblüffend. Bericht am 1. Februar 1913 der Umkehr der Exportfreiheit der Reichsbank 338,8 Millionen Mark, im Dezember nur 324 Millionen Mark; in der folgenden Woche, am 25. Februar, 250 Millionen Mark in 1912 gegen nur 154 Millionen Mark in 1913. Die Deckung des Notenumsatzes durch Metall und Reichsbankengeld betrug zuletzt im Vorjahre 88,8 Proz., diesmal nur 72,2 Proz. Der ununterbrochen hohe Privatdiskont ist immer größer geworden, die vom Auslandwärts Verbringung suchen und jenseits der Reichsbank zu; sogar Giroanlagen und in ihr in ausgedehntem Maße eingesetzt worden. Neben man als Gesamtanpassungsmaßnahme der Reichsbank die Summe der Wechsel und Lombardkredite, abhängig der Giroanlagen, so war die Reichsbank Ende der dritten Februarwoche nach dieser Richtung belohnt: 1913 mit 537,4 Millionen Mark gegen nur 338,8 Millionen Mark in 1912, 161,3 Millionen Mark in 1911 und vollends nur 32,4 Millionen Mark im Jahre 1910. Dem war 1910 und 1911 in dieser Periode mit einem Diskont von 4 Proz. aus, 1912 wenigstens mit 5 Proz., in noch vorläufig niemand an eine Erhöhung des seit 6. November geltenden Satzes von 6 Proz. zu denken.

An der Erleichterung ist nicht das Geschäft nur davon. Der kleine Kreis der Beteiligten macht es erklärlich, daß jede günstige oder ungünstige politische Nachricht und Anpassung die heftige Kursbewegung auf und nieder treibt und daß die ganze Kursentwicklung seit langem einen immer weiteren Charakter annimmt. Schon der November und der Dezember blieben im Ergebnis des Kautschukmarktes weit hinter dem Vorjahre zurück, der Januar 1913 jedoch hinter allen gleichen Monaten seit 1909, in daß nur 1908, auf dem Gipfel der Krise, geringere Umsätze gab ergaben:

Vorjahresvergleich	1913	1912	1911	1910	1909	1908
	1.699.684	2.277.196	2.244.531	2.245.894	1.186.689	896.690

Die unbedeutend die Geldsumme schon lange den Hypothekenmarkt beeinflusst, beweist die Jahresstatistik der Hypothekendarlehen für 1912, von denen. Der Abzug von Obligationen (Kautschuk, aus denen die Banken ihr Betriebskapital für neue Darlehensgewährung schöpfen) war nach der „Frankf. Ztg.“ schon im vergangenen Jahre 1912 so niedrig wie seit 1901 nicht mehr, wo der Kommerzbank- und Landbank auch vermindert für den ganzen Markt nachwies. Der Abzug von Hypothekendarlehen betrug nur rund 200 Millionen Mark, nicht also um 240 Millionen Mark oder weit mehr als die Hälfte hinter der obengenannten Darlehenssumme (440 Millionen Mark pro Jahr im Durchschnitt von 1900 bis 1911), noch um 57 Millionen Mark hinter der weit niedrigeren Ziffer des Jahres 1907 und ging nur um wenige 12 Millionen Mark über die Ziffer des Jahres 1901 mit seinen, wie erwähnt, ähnlichen Verhältnissen, die nicht in der allgemeinen Lage des Geldmarktes begründet waren, hinaus. Dabei entfiel für die ganze Abzug des vergangenen Jahres nur das erste Halbjahr; denn für das zweite ist eine Vermehrung des Handels nur um den verhältnismäßig ganz geringen Betrag von 5 1/2 Millionen Mark zu verzeichnen und — das ist selbst nur dem Übergang der Berliner Hypothekendarlehen von 4 zum 4 1/2 Proz. Obligationenmarkt zu danken. Günstiger Aussehen haben sich auch hier nicht erblüht. Im Gegenteil, die Geldsumme hat sich verringert, und wenn für Annehmungen wieder Unterhandlung geführt werden sollte, so werden die zurückgebliebenen Bedarfe von Reich und Staat, ferner zahlreicher Kommunen zunächst wahrscheinlich eine recht erhebliche Konkurrenz bereiten.

Aber daneben müssen, wie gezeigt, die Produktionszweige für die wichtigsten Industriezweige weiter in den Hintergrund. Soeben ist vom Reichsamt des Innern die Uebernahme über die Rohlen Gewinnung für den Januar 1913 veröffentlicht worden. Prosentzahlen erbeutete man im Januar 757.366 Tonnen gegen 696.208 Tonnen im Vorjahre. Holz produzierte man 2724.871 Tonnen gegen 2340.365 Tonnen im Vorjahre. Kollendes Eisenblech fertigte man im Januar 16.536.115 Tonnen gegen immerhin nur 14.365.606 Tonnen im Vorjahre. Selbst das außerordentlich Kleinblech-Verhältnis Kohlenverhältnis bracht deshalb in seinem Januarbericht in hellen Tönen aus und schreibt u. a.: Die günstige Entwicklung, die die Abnehmerhältnisse im Dezember u. J. genommen haben, hat im Berichtsmonat angehalten. Die arbeitsmäßigen Durchschlagsverhältnisse haben die Erwartungen des Vormonats sowie alle bisher erzielten Höchstwerte erheblich überholt. Der rechnermäßige Abzug mit 110,93 Proz. der Produktionsanteile überholte das bisherige Höchstergebnis im Dezember u. J. um 5,98 Proz. und hat im Jahre 1912 um 18,74 Proz. Da vor dem Berichtsmonat bisher erzielte beste Ergebnis wurde in Stoff und Brutto im Monat Dezember u. J., in Kohlen um 159.186 Tonnen im Monat Juni u. J. erreicht. Auch die Förderung des Berichtsmonats stellt obwohl in ihrer Gesamtergebnisse wie auch in arbeitsmäßiger Durchschlag eine zwar noch nie erreichte Höchstleistung dar. Die Gesamtergebnisse der Förderung betrug bei 2 1/2 Arbeitsstunden 8.810.343 Tonnen, während die bisherige Höchstleistung mit insgesamt 8.501.212 Tonnen im Monat August u. J. bei 27 Arbeitsstunden erreicht wurde. Die Fördermenge von 8.610.343 Tonnen hat zur Deckung des Abzuges, der sich einschließlich des Vormonats für eigene Betriebszwecke der Reichsamt auf 9.444.490 Tonnen belief, nicht ausgereicht, so daß ein Teil der vorhandenen Lagerbestände herangezogen werden mußte.

Sehr überraschend günstig sind auch für Januar noch mehr als für den letzten des letzten Jahres, der am oberen die reiblichen und stützlichen Störungen nichtspiegeln konnte. In seinen Vorberichten ist das Holz- und Eisen, hat sich, verhältnis mit dem Januar des Vorjahres die Fördernisse von 22.47 Millionen Mark auf 22.12 Millionen Mark, die Aufwärts von 11,9 Millionen Mark auf 12,14 Millionen Mark.

Nur aus einigen seltenen Erfahrungen in der Preisentwicklung möchte man schließen, daß weite Kreise des Unternehmertums innerlich hart von Zweifeln angekränkt sind. So kam es in der dritten Februarwoche zu einem jeden Preissturz auf dem britischen Rohstoffmarkt, und dieser Sturz zwang auch die Dampfkraft Montanindustrie zu verdringenden Ermäßigungen, um neue Aufträge nicht der englischen Konkurrenz zuzuführen zu lassen. Die Glasgower Forderungen der Rohstofflagerwerke, die sich noch um die letzte Jahresende auf über 60 Schilling pro Tonne stellten, fanden mit einem Schlage bis 50 Schilling zurück. Dies soll auf spekulative Wucherer zurückzuführen und deshalb vorläufiger Natur sein. Aber auch ohne eine unangenehme innerliche Untergründung des bisherigen Optimismus gelingen solche Preisereignisse selten. Und in der Tat liegt es aus vielen Zusammenhängen deutlich heraus, daß sehr rasch verdringende Beobachter den Gipfel auch der Produktionskonjunktur bereits für erreicht und vielleicht schon für überschritten halten.

Berlin, 25. Februar 1913.

Karl Schippel

Bewegung im Berufe.

Zuzug ist herausgehoben nach folgenden

- Brauereien:**
 - Strinck, E.-M., Singsheim.
- Malzfabriken:**
 - Saiburg, Malzfabrik West u. Co. Grumbach (Hofg.). Schilling's Brw. Jöhren, Rajnsahl.
- Mühlen:**
 - Carlshausen u. Seifel, Dirmelmühle. Gütten u. Königslein, Mühle Jelsig. Weifen, Buchmühle (H. Wefer). Batschappel u. Dresden, Seigold u. Schumann.
- Anderer Berufe:**
 - Frankfurt a. M., Apothekenherren Gg. Kallies.

Lohnbewegungen — Tarifverträge — Differenzen.

Brauereien.

† **Freising, Tarifvertrag.** Vor dem Gewerbegericht in Freising unter dem Vorsitzenden Richter Bergmann wurde zwischen den Brauereibesitzern in Freising, vertreten durch Herrn Spidius Lange in München, und dem Verbande der Brauerei- und Mühlenarbeiter, Bernalmann München, in nicht ganz zwoctägiger Sitzung der Tarifvertrag auf vier Jahre wieder erneuert.

Die wöchentliche Arbeitszeit einschließlich der Sonntagsarbeit wurde für die Arbeiter im inneren Betriebe um 3 1/2 Stunden verfürgt, im Wochenlohn ist somit nur mehr eine Stunde Sonntagsarbeit inbegriffen. Für das Fuhr- und Stallpersonal wurde eine 14stündige Präsenzzeit bestimmt, bisher war der Dienst nach der Bedarfszeiten des Betriebes. An Sonn- und gesetzlichen Feiertagen ist für die Bierarbeiter eine dreistündige Ausfahrt am Vormittag im Wochenlohn mit inbegriffen. Die Löhne der Brauer, Malzer, Malzschäufler und Schächler wurden um 1 Mk. erhöht, die der Bierarbeiter und Hilfsarbeiter um 1,50 Mk. pro Woche. Die Ueberstundenlöhne wurden durchweg um 10 Pf. erhöht. Die Bierarbeiter erhalten für Löhnen über 15 Kilometer 1,50 Mk., für solche von 20 Kilometer 2 Mk. Urlaub erhalten die Arbeiter nach einem Dienstjahre drei Tage, nach vier Dienstjahren eine Woche unter Fortbezug des Lohnes. Bei militärischen Übungen wird 20 Tage pro Tag 1,50 Mk. vergütet. In Krankheitsfällen erhalten die Arbeiter 10 Tage zum Krankengeld so viel Zuschlag, daß 3/4 bzw. 1/2 des Gesamtlohnes erreicht werden.

Unverändert soll nicht bleiben, daß die Verhandlungen gegen jene der Vorjahre sehr sachlich waren und der Schluß von den Arbeitern einstimmig angenommen wurde. Wenn während der Vertragsdauer in gleich ruhiger tariftreuer Weise seitens der Vertragskontrahenten wie in der abgelaufenen Tarifperiode gearbeitet wird, so werden beide Teile durch den Abschluß befriedigt sein.

† **Geislingen.** Eine außerordentliche Versammlung am 22. Februar nahm Stellung zu dem von der Kommission ausgearbeiteten Tarifvertrag. Der Vorsitzende, Kollege Engl, gab den Entwurf bekannt und ersuchte um Zustimmung zu demselben. Nach lebhafter Debatte über die einzelnen Punkte wurden mehrere Forderungen auf Antrag der Kollegen erörtert. Zur Unterhandlung wurde eine Kommission gewählt.

† **Hagen, Tarifvertrag.** Die Brauerei Hermann in Hagen hat nach wiederholten Verhandlungen den Bezirksrat für Rheinland-Westfalen (Gruppe Hagen) anerkannt. In diesem Betriebe waren bisher ungenügend rufnändige Verhältnisse, die Arbeitszeit war vollständig noch unregelmäßig, ebenfalls die Sonntagsarbeit, die fast den ganzen Tag hindurch dauerte ohne jegliche Vergütung. Der Lohn bestand zum Teil nach in Jahreslohn mit Kost und Logiszwang. Der Vertrag bringt den Arbeitern wesentliche Verbesserungen. Die Arbeitszeit verringert sich für den inneren Betrieb um 2 Stunden täglich, für die Bierarbeiter um 3 Stunden. Die jährliche Lohnvergütung beträgt pro Woche 1,50 bis 4 Mk. Ueberstunden, die bisher nicht bezahlt wurden, werden mit 60 Pf. an Wochenlohn, 70 Pf. an Sonntagen entschädigt. Die Lohn wird mit 5 Mk. vergütet. Urlaub wird eingeführt für alle Arbeiter drei Tage für eine Woche, ebenfalls die übrigen Verbesserungen bei Krankheit, militärischen Übungen usw.

† **Süß, Tarifvertrag.** Mit der Vereinsbrauerei Madlenburger Bier in Süß wurde ein für drei Jahre geltender Tarifvertrag mit wesentlichen Verbesserungen für die Arbeiter abgeschlossen. Die Arbeitszeit wurde für das Sommerhalbjahr täglich um eine halbe Stunde, für das Winterhalbjahr täglich um eine Stunde verfürgt und auf neun Stunden festgelegt. Der Wochenlohn wurde erhöht sich jetzt um 2 bis 2,50 Mk. und mit Beginn des zweiten Tarifjahres um eine weitere Mark. Die Entlohnung für Sonn- und Feiertagsarbeiten sowie Ueberstunden werden pro Stunde um 10 Pf., die Lohnpart an Sonntagen um 50 Pf. erhöht.

Des weiteren erhalten die Beschäftigten einen alljährlichen Urlaub mit Lohnzahlung von vier bis sechs Tagen. Schließlich wurde noch vereinbart, die benötigten Arbeitskräfte von dem Nachweis des Verbandes zu entnehmen. Die übrigen Bestimmungen des früheren Tarifvertrages wurden, einige mit Verbesserungen, in diesen Tarifvertrag übernommen.

Nach nur wenigen Jahren waren in diesem Betrieb noch recht dürftige Verhältnisse anzutreffen. Seit aber die Kollegen sich dem Verbandsangehörigen haben, stehen ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse mit an erster Stelle in Mecklenburg. Daran sollten die übrigen Kollegen Mecklenburgs eine Lehre ziehen.

Wahlkanten i. Sh. Am Sonntag, den 23. Februar, fand hier eine öffentliche Brauereiarbeiterversammlung statt, welche sich eines außerordentlich starken Besuchs erfreute, stand doch u. a. auf der Tagesordnung: „Stellungnahme zur Tarifbindung und endgültige Beschlußfassung“. Der Bezirksleiter Kollege Brödnert führte den Kollegen die gegenwärtige Situation vor Augen und machte ihnen den Vorschlag, möglichst einen Einheitsstempel anzunehmen, da sich doch auch die hiesigen Brauereien in einem Ring zusammenschließen könnten und einheitliche Vorschriften führen. Nach lebhafter Debatte wurde der Antrag angenommen. Im Schlusswort erwähnte Kollege Brödnert die amtierenden Mitglieder nochmals, sich während der Bewegung nicht zurückziehen zu lassen und ruhig ihre Arbeit zu verrichten; sich weder in Fragen mit der Betriebsleitung oder deren Stellvertreter einzulassen, noch mit den übrigen Sonderabmachungen zu treffen. Mit einem Appell des Vorsitzenden an die Kollegen, ihr ganzes Vertrauen in ihre Organisation und ihre Führer zu setzen, ihren zur Fahne zu stehen und auszuhalten bis zum letzten Augenblick, wurde die imposante Versammlung geschlossen.

Brauereien und Gefäßfabriken.

† Steinbagen. Die Terrorismusgeschichten entstehen. Die Lohnbewegung bei der Brennerei G. E. König, hier, treibt allerlei Blüten. So war es der heimliche Bericht von der Brennerei König, der den Entschlossenen, welcher die Viesfelder Tour führt, fragte, ob ihn die Viesfelder Arbeiter nicht verbauen hätten, weil er sich noch nicht dem Verband angegeschlossen habe. In dieser Hinsicht liegt eine große Gemeinheit und Verleumdung der Viesfelder Arbeiterkraft. Aber man merke den Zweck der Hetze, durch derartige Fragen sollen die fehlenden Terrorismusgeschichten fabriziert werden. Wir werden diesem Herrn Bericht auf die Finger gehen und bei ähnlichen Vergehungen, derartige Geschichten zu fabrizieren, ihm ganz gehörig dranspringen. Herr G. E. König aber kommen wir zu einem solchen Vertreter mit gratulieren.

Apfelweinbrennereien.

† Frankfurt a. M. Ausperrung und Tarifvertrag. Nachdem die Ausperrung in den Frankfurter Apfelweinbrennereien erfolgt, und der Bericht über die Betriebe des Gewerkschaftsstellens beschlossen war, mußten die Unternehmer einsehen, daß der Gewerkschaft, den sie ausgerechnet hatten, ein Schlag ins Wasser war. Den ausgesperrten Arbeitern wurde nun teilweise mündlich, teils schriftlich mitgeteilt, daß die Unternehmer zu Verhandlungen bereit wären. Dieses fanden nur fünf. In fünf neunmündigen Verhandlungen kam ein Tarifvertrag zustande, der den Arbeitern wesentliche Vorteile brachte. Die Arbeitszeit beträgt regelmäßig 9 1/2 Stunden. Die Anfangslöhne der Arbeiter und Jahrbüchler betragen 28,50 Mk., für Hilfsarbeiter 25 Mk. Die Löhne der zurzeit beschäftigten Arbeiter werden um 1,50 Mk. teilweise um 1 Mk. erhöht und steigen pro Jahr und Woche um 0,50 Mk. auf die Dauer des Vertrages. Die Jahrbüchler erhalten von 7 Uhr ab Überstunden vergütet; außerdem erhalten dieselben, wenn sie bis mittags 2 Uhr nicht zu Hause sein können und das Mittagessen auswärts einnehmen müssen, eine Vergütung von 60 Pf. pro Tag. Urlaub wurde bewilligt; desgleichen wird in Krankheitsfällen und bei militärischen Übungen ein Zusatz gewährt. Die Tarifdauer beträgt fünf Jahre. Kollege Schmidt erstattete im Antrage der Lohnkommission Bericht über die stattgefundenen Verhandlungen und einstimmig wurde den Abmachungen zugestimmt. Geschlossen, wie die Arbeiter den Betrieb verlassen hatten, haben dieselben am Donnerstag, den 27. Februar, nach eintägiger Ausperrung die Arbeit wieder aufgenommen. Der Frieden ist nun wieder hergestellt, der Wohlstand wieder aufgehoben. Leicht wäre es möglich gewesen, auch ohne den Gewerkschaft eine Verständigung im beiderseitigen Interesse herbeizuführen. Mögen die Arbeiter der Apfelweinbrennereien geschlossen, wie in diesem Kampfe, auch in Zukunft zur Organisation halten, so werden auch in Zukunft weitere Erfolge zu verzeichnen sein. — Eine unannehmliche Ausnahme macht hierbei die Firma Joh. Georg Radlcs. In drei Verhandlungen nahm dieselbe teil, in der letzten entscheidenden Verhandlung war diese Firma nicht mehr vertreten, da ihr die Zugewandnisse, die die anderen Firmen machten, zu weit gingen. Sie unterbreitete nun der Organisation der Viesfelder einen Entwurf, der wesentliche Verschlechterungen gegenüber den gewerkschaftlichen Vereinbarungen mit den anderen Firmen enthielt. Die Arbeitszeit soll durchschnittlich nicht regelmäßig 9 1/2 Stunden betragen. Der Anfangslohn der Hilfsarbeiter soll 1 Mk. weniger betragen. Die Sonntagssubventionen sind niedriger und enthalten noch sonstige Verschlechterungen. Ein ausgesperrter Viesfelder soll nicht mehr zur Einstellung gelangen. Daß die Arbeiter mit der Organisation ein derartiges Anerbieten ablehnen mußten, ist selbstverständlich. Der Bericht über die Firma Joh. Georg Radlcs besteht nach wie vor weiter, bis die Firma sich bequemt, den Arbeitern ebenfalls weitere Zugewandnisse zu gewähren.

Korrespondenzen.

Angsburg. Am Sonntag, den 9. Februar, lag in der Gesellschaftsbrauerei unsere gut besuchte diesjährige Generalversammlung. Den Tätigkeitsbericht sowohl als auch den Kassenbericht erstattete Kollege Wöschhammer. Neben den drei Lohnbewegungen und den unzähligen Differenzen, welche zu schlichten waren, galt es besonders am

Orte selbst tatkräftig mit der Agitation einzusetzen. Auch die Agitation in den vielen umliegenden Orten, wo eine ganze Anzahl von Kollegen in Frage kommt, wurde mit aller Energie betrieben. Allerdings brachte uns diese Arbeit bis zum heutigen Tag nicht den gewünschten Erfolg. Schuld daran ist, daß die Verhältnisse, insbesondere die Lohnverhältnisse, sich erbärmlich sind, daß es den Kollegen schwer fällt, ihre Beiträge zu entrichten. Zur Erledigung der laufenden Geschäfte machten sich 56 Versammlungen, darunter 35 Betriebsversammlungen notwendig. Sitzungen fanden 33 statt. Hausagitation wurde in 173 Fällen vorgenommen. Die Abrechnung vom vierten Quartal war zufriedenstellend. Der Mitgliederbestand konnte um 80 erhöht werden. Neuaufnahmen waren im letzten Jahre 346 zu verzeichnen.

Wir können sehr wohl mit unseren Erfolgen zufrieden sein, wenn man weiß und kennt, unter welchen ausnahmsweise schwierigen Verhältnissen wir hier am Orte zu rechnen haben. Das Jahr 1913 gilt besonders den Angsburger Kollegen, nachdem der Vertrag gekündigt ist. Mögen die Kollegen dessen eingedenk sein und unermüdet und erneut an den Aufklärungsarbeiten teilnehmen. Immer noch sind Kollegen darunter, die nicht wissen oder nicht wissen wollen, daß die Erlöse einer Bewegung in erster Linie von der Geschlossenheit der Organisation abhängen. Zur Agitationsarbeit, Kollegen, wollen wir diese kurze Zeit noch verwenden, und der Erfolg wird auch im neuen Jahr ein guter sein.

Hamburg. Generalversammlung vom 9. Februar. Der gedruckte vorliegende Jahresbericht für 1912 wurde von Köhlein erörtert. Aus dem Bericht war zu entnehmen, daß wir im verflochtenen Jahre sehr unter der Steigerung der Preise für die notwendigen Lebensbedürfnisse zu leiden gehabt haben. Eine von uns nachgeachtete Feuerungszulage wurde zunächst von den Brauereien abgelehnt. Später wurde jedoch eine Zulage von 1 Mk. pro Woche und Mann für die Zeit vom 2. November 1912 bis zum 4. April 1913 und für die Arbeiter unter 16 Jahren eine solche von 50 Pf. pro Mann wöchentlich gewährt. In den Mühlen, Brennereien und Biermälzereien haben wir es noch mit einem meist rückwärtigen reaktionären Unternehmertum zu tun. Die Unternehmer dieser Betriebe machen selbst von dem Organisationsrecht den ausgiebigsten Gebrauch, den Arbeitern gestatten sie, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, nicht gleiche Rechte. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind in den meisten dieser Betriebe deshalb auch noch sehr rückständig. Dank der geschlossenen Organisationsverhältnisse konnten im verflochtenen Jahre in mehreren Betrieben Tarifverträge abgeschlossen und die Lohn- und Arbeitsverhältnisse einheitlicher gestaltet werden. Zum erstenmal konnte die achtstündige Arbeitszeit (Brauhaus Antonia) tariflich festgelegt werden. Durch die Organisationszerstückelung wurde die Verbearbeit sehr erschwert. Eine Anzahl Kollegen und Vertrauensleute haben eine rege Tätigkeit für die Ausbreitung der Organisation entfaltet. Tarifverträge wurden abgeschlossen respektive erneuert mit der Burgbrauerei, Teutoniaabrauerei, mit der Dampfmaschine I. Oppenheimer u. Comp. und der Malzfabrik G. Kaeferle in Altona. Der Tarifvertrag mit der Firma R. Kölling war 1912 abgeschlossen. Von einer Kündigung desselben wurde Abstand genommen, da ein Teil der Beschäftigten es nicht für notwendig hält, sich zu organisieren. Bei der Ratten- und Siphonier-Gesellschaft wurde ein Tarifvertrag eingereicht; am 2. April kam es dort zur Arbeitsseinstellung. Anfang Mai erklärte sich die Firma bereit, mit den Streikenden zu verhandeln. Mit den jetzt gemachten Zugewandnissen erklärten sich die Streikenden einverstanden. Am 9. Mai wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Eine Lohnbewegung wurde bei der Firma J. G. Jopp. Bierverlag, eingeleitet. Die Firma wollte mit der Organisation nicht verhandeln; einige Verbesserungen wurden für die dort Beschäftigten aber doch erreicht. Durch Verhandlung wurden auf der Brennerei J. Sipmann für die dort Beschäftigten einige Verbesserungen erreicht. In der Brennerei Baum (Kettelmann Nachf.) wurde eine halbstündige Verkürzung der Arbeitszeit erreicht. Dem Schiedsgericht waren 36 Beschwerden, dem Arbitrium 27 Sachen zur Erledigung unterbreitet. Ferner haben 12 Vorstandsitzungen, 2 Vertrauensmännerversammlungen, 10 Mitgliederversammlungen, 2 öffentliche Versammlungen, 5 Kategorieverammlungen, 117 Betriebsversammlungen, 45 Verhandlungen mit Unternehmern und 38 sonstige Sitzungen stattgefunden. Ein arbeitsreiches Jahr liegt hinter uns; hoffen wir, so frohlockt der Redner, daß das neue Jahr die Organisation wieder einen Schritt vorwärts bringt.

Hierauf erstattete Gerwoldt den Kassenbericht. Im vierten Quartal weist die Verbearbeit eine Einnahme von 11.961,10 Mk. auf. In die Hauptkasse wurden 6101,75 Mk. gezahlt. An drücklichen Ausgaben waren 394,35 Mk. zu verzeichnen, darunter für Unterhaltungen 2814,90 Mk. Die Vorkasse hatte eine Einnahme von 2919,60 Mk. und eine Ausgabe von 1919,69 Mk., darunter für Unterhaltungen 285,30 Mk. In der Jahresabrechnung hatte die Verbearbeit eine Einnahme von 42.682,95 Mk. In die Hauptkasse wurden 25.547,44 gegen 19.797,67 Mk. im Vorjahr gezahlt. Für Unterhaltungen wurden 10.553,25 Mk., für Gehälter, Agitation, Sitzungen, Lohnbewegungen, Juretat, Porto usw. 952,26 Mk. verausgabt. Die Vorkasse hatte eine Einnahme von 15.924,42 Mk., der eine Ausgabe von 10.952,27 Mk. gegenübersteht, darunter an Unterhaltung für in Not geratene Kollegen 617,70 Mk. für Streikunterstützung an andere Gewerkschaften 799,75 Mk. Zum Monatsende wurden 477 Mk. getrennt an Sterbegeld und für Begräbnissen 516,60 Mk. für Kartell, Sekretariat, Gewerkschaftshaus und Bildungszwecke ausgegeben. Der Bestand der Vorkasse am Jahresabschluss beträgt 18.220,77 Mk. Der Mitgliederbestand ist 2008. Von 461 neu aufgenommenen Kollegen verblieben uns 251. Durch den Tod schieden 18 Kollegen von uns, in den letzten 34 Jahren hatten wir eine Mitgliederzunahme von 913 zu verzeichnen.

In der Diskussion über den Vorstands- und Kassenbericht wurde der Tätigkeit des gesamten Vorstandes Anerkennung gezollt und dem Vorstand Entlassung erteilt. Sodann wurden die Wahlen vollzogen. Unter „Verschiedenes“ wurde dem seit Mai erkrankten Kollegen S. eine Unterstützung von 50 Mk. aus der Vorkasse gewährt. Hierauf schloß der sehr gut besuchte Generalversammlung.

Frankfurt-Metzger. In der Generalversammlung, welche Sonntag, den 9. Februar, stattfand, fehlten über die Hälfte der Kollegen, was nach einem solchen abgeschlossenen Tarif, der den Kollegen wieder namhafte Vorteile brachte, beschämend ist, und möchten die betreffenden Kollegen sich dies zur Kolz nehmen. Nach dem vom Vorsitzenden erstatteten Tätigkeitsbericht sind außer den regelmäßigen Versammlungen und Vorstandssitzungen 12 Betriebsversammlungen, 5 Tarifversammlungen und 40 Tarifsitzen gehalten worden. Die Korrespondenz ergab etwa 200 aus- und eingegangene Schriften, 20 Telefongespräche und 4 Telegramme. Der Mitgliederbestand war am 1. Januar 1913 92. Die Tariferneuerung brachte jedem Kollegen, der nicht schon höher bezahlte ist, eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 100 bis 120 Pf. pro Jahr, dazu noch die Bezahlung der Sonntagsarbeit bezw. Erhöhung der Stundenlohnätze. Nach dem Kassenbericht, den Kollege Rath gab, war die Einnahme 1719,03 Mk. gegenüber 1911 mit 1418,45 Mk., die Ausgabe 553,01 Mk. gegen 648,90 Mk. Die Mehrausgabe von 217,94 Mk. rührte von den Tarifverhandlungen her, welche ja immerhin noch ohne Arbeitsniederlegung erledigt werden konnten. Auch die Vorkasse hatte mit 106,66 Mk. Kassenbestand ein Mehr von 24,77 Mk. aufzuweisen. Die Berichte wurden mit sichtlicher Befriedigung aufgenommen und war damit auch konstatiert, daß Verwaltung und Mitglieder einträchtig zusammen gearbeitet haben. Die Neuwahlen brachten wieder lauter bekannte Namen. Als eigentliches Versammlungsort wurde wieder das Gasthaus „Zum Schwert“ in Rodolfszell bestimmt. Des weiteren wurde noch beschlossen, eine Reisekasse zu gründen. Um 6 Uhr konnte der Vorsitzende die interessant verlaufene Versammlung schließen mit Worten der Aufmunterung zu weiterer Agitation und Ausbreitung der Zählstelle.

Mannheim-Ludwigsbafen. Die am 9. Februar tagende gut besuchte Versammlung beendete nach lebhafter Debatte, den Vorkassbeitrag von 5 Pf. auf 10 Pf. pro Woche zu erhöhen; die Erhöhung tritt mit der 14. Woche in Kraft. Ein Antrag betr. die Unterlassung wurde angenommen und wird nach Möglichkeit angewendet werden. Die für die Friedrichselder Streiklohn gezahlte Summe beträgt jetzt 204,90 Mk. Nach dem Kartellbericht von Ludwigsbafen wird dort ein Arbeitersekretariat errichtet. — Betreffs der Unterstützungsauszahlung möchten sich die Kollegen folgendes merken: Arbeitslosenunterstützung wird nur während der üblichen Arbeitszeit ausbezahlt, wegen der Kontrolle des Empfänger's. Krankenunterstützung sollen die Kollegen, wo es möglich ist, selbst holen, oder durch erwachsene Personen (Angehörige) erheben lassen von Woche zu Woche; für Krankengeld, welches durch Kinder geholt wird, haften die Verwaltung nicht. — Mit der Brauerei Haberer in Mannheim wurde ein Tarif abgeschlossen, welcher den Kollegen 2 Mk. wöchentliche Lohnerhöhung und eine halbe Stunde Arbeitszeitverkürzung brachte, es wird auch das Biergeld ausbezahlt nach den üblichen Sätzen. Zu dem Krankengeld, als Differenz zum Lohn, wird das Biergeld zur Hälfte und bei Urlaub das ganze Biergeld gezahlt.

Sellingen. Am Sonntag, den 9. Februar, fand im Lokale Reßlein, Ohligs, eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Unter „Geschäftliches“ erstattete Kollege Galt Bericht über die kürzlich in der Altienbrauerei Ohligs stattgefundenen Verhandlungen betreffs Feierlichkeiten der fünfzigsten und Entlassung eines derselben. Anschließend erwähnte er die Anwesenden, in Zukunft den Vorstand in allen Teilen zu unterstützen und zu agitieren, bis der letzte unorganisierte Kollege in unseren Reihen ist. Einen ausführlichen Kartellbericht erstattete Kollege Paulus Ohligs. Unter „Verschiedenes“ wurde bemerkt, daß wir wieder drei Kollegen zu verzeichnen haben, die auf eine ständige Tätigkeit in der Brauerei Bedmann zurückblicken können. Zum Schluß gab der Kassierer nach Aufklärung über die Krankenunterstützung und erwähnte die Kollegen, die Statuten besser zu verfolgen.

Witten. Am Sonntag, den 9. Februar, fand unsere Generalversammlung statt, welche gut besucht war. Der Vorsitzende gab den Jahresbericht. Er habe gehofft, mit einer größeren oder doppelten Mitgliederzahl wie im Vorjahr vor die Generalversammlung treten zu können. Anfangs waren die Agitationserfolge gute, aber die Parteilichkeit und der Terrorismus gewisser Unternehmer habe die Erfolge wieder zunächst gemindert; trotzdem ist ein Mitgliederzuwachs zu verzeichnen. Die Einnahmen betragen 92 Mk., die Ausgaben 132,65 Mk., an die Hauptkasse wurden 79,35 Mk. gezahlt. Es fanden 12 Mitgliederversammlungen und Sitzungen, 15 Betriebsbesprechungen, 6 Hausagitationen statt. Die Fluktuation der Mitglieder war eine starke, die Zunahme betrug 9 Mitglieder. Im Tätigkeitsbericht bemerkt der Vorsitzende, daß der Vorstand im Verein mit dem Komitee ganz enorme Agitationsarbeit leisten mußte. Zu erwähnen ist weiter die endliche Unterzeichnung des Tarifes der hiesigen Brauereien außer Denhoff, die Lohnbewegungen in der Salzenmühle und auf der Rattenbrauerei in Hemmingen sowie die Differenzen bei Käser. Der Vorsitzende schloß seinen Bericht mit einem Aufruf an die Mitglieder, nun erst recht mit der Agitation einzusetzen, um die Zählstelle zu einer wachsenden Interessenvertretung für die Mitglieder zu gestalten. Der Vorstand wurde wiedergewählt. Im Kartellbericht gab der Vorsitzende bekannt, daß auf die schriftliche Erklärung des Bonifoliusverbandes, daß in Zukunft bei Käser die Arbeiter unparteilich behandelt sowie auch die Einstellungswiese unparteilich gehandhabt werde, die Differenzen beigelegt sind, und daß ein Kontakt über die Produkte der Brauerei Käser nicht besteht. Jedenfalls ist es ratsam, ein wachsames Auge zu haben und zu sehen, wie sich die Sache in Zukunft entwickeln wird. Im Verschiedenen wurde mitgeteilt, daß Herr Brauereibesitzer Brinkmann in Eberde seinen Arbeiter in Aufbehracht der Denzierung eines amerikanischen Produkt geleitet hat, jedoch steht die Handlungsweise des Brauereimeisters in vollem Gegensatz zu der des Herrn Brinkmann. Es ist schon vorgekommen, daß Kollegen mal verurteilt haben, was jedem Sterblichen passieren kann. Ein Verbandsmitglied wird mit Abzug bestraft, der Bundesgelder demnächst nicht, er erhält nicht einmal einen Beweis, wenn er hundentlang zu spät kommt. Sind in einem Betriebszweig, wie Flaschenbierabteilung, mal Ueberhan-

den zu machen, werden sie von solchen bestraft, von denen der Braumeister weiß, daß es keine Verbandsmitglieder sind, trotzdem sie in dem Betriebszweig nicht arbeiten. Soll nun einmal Zuspätkommen bestraft werden, so darf es auch für die Bundesgenossen keine Ausnahme geben. Auch scheint Herr Braumeister Schwinge mit der Einstellungsweise vorsichtig unzugehen, damit ja kein anderer als ein Bundesgenosse eingestellt wird. Wir sind überzeugt, daß alles dieses ohne Wissen des Herrn Brühmann geschieht und wir hoffen, daß Herr Brühmann seinem Herrn Braumeister anheim gibt, jede Bevorzugung zu vermeiden. Nach einem Nebenbesitz über die Ausgaben der Jahreshilfe in diesem Jahre war Schluß der Versammlung.

Worms. Am 9. Februar fand unsere Generallandtagung statt. Nach dem Vorstandsbericht hat sich unsere Jahreshilfe auch in diesem Jahre weiter entwickelt; Befand würde aber in dem Bericht, wenn sich die Kollegen im allgemeinen der Agitation mehr gewidmet hätten, wir mehr Erfolge erzielen konnten. Der Mitgliederbestand stieg von 26 auf 331. Tarife wurden im Laufe des Jahres abgeschlossen: ein Tarif für sämtliche Wormser Brauereien und für zwei Mälzereien, ein Tarif für die Wallothheimer Mälzwerke in Wallothheim und ein Tarif für die Mälzfabrik in Gerolstein a. Rh. Mit dem Erfolg dieser Tarife kann man um so mehr zufrieden sein, als alle Tarife ohne Streit abgeschlossen wurden. Wenn es bei der Wallothheimer Lohnbewegung auch einige Male ausfiel, als sollte es nicht ohne Kampf abgehen, so kam der Unternehmer mit der Zeit doch zur Einsicht, um schließlich auch den Tarif anzuerkennen. Auch gelang es uns im vorigen Jahre des Öfteren in Betriebe hineinzukommen, die gewöhnlich der Öffentlichkeit vorenthalten blieben. So in der Mühle Georg Reidinger-Algen, wo erst durch unser Eingreifen die dort beschäftigten Kollegen anständige Betten und Schlafräume erhielten. So gelang es uns auch noch in einigen Betrieben durch Hinweis auf die Missstände die Gewerbeinspektion zu veranlassen, hier Wandel zu schaffen. Auch hat der Kleinriegel in den Betrieben, wo wir Tarife abgeschlossen haben, das ganze Jahr gedauert. Die Sozialverwaltung war wegen Differenzen in Wormser Betrieben 5mal, in unseren Hilfsorten 10mal vorstellig. Tarifverhandlungen fanden statt in Worms 6, in Wallothheim 5, für eine Mälzerei in Mainz 4, in Gerolstein 3. Betriebsrevisionen durch die Gewerbeinspektion wurden durch unsere Verwaltung 3 veranlaßt. Geschäftsversammlungen in Wormser Betrieben hatten wir 33. In den auswärtigen Hilfsorten war die Sozialverwaltung bis zum 1. Oktober 5mal tätig. Mitgliederversammlungen wurden 11 abgehalten. Postfächer gingen ein 345 und 66 Druckfächer; aus gingen 776 und 191 Druckfächer. An Einnahmen für die Hauptkasse hatten wir 231,95 Mk., Ausgaben 7549,80 Mk. Abgeführt an die Hauptkasse 722,62 Mk. Die Sozialkasse hat einen Bestand von 2133,92 Mk. An Unternehmungen wurden verausgabt aus der Hauptkasse 3029,70 Mk., aus der Sozialkasse 208 Mk. Der Vormerke wies auf die hohen Unternehmungen hin, die in diesem Jahre ausbezahlt wurden. Schon mancher Kollege, der früher mit Schlüssel unsere Organisation betrachtet hatte, war froh, in Fällen der Not unsere Unterstützungseinrichtungen in Anspruch nehmen zu können, und so oft haben wir schon die Wahrnehmung machen müssen, daß es vielfach gerade die Kollegen sind, die sich am meisten fürchten, ihre Beiträge richtig und pünktlich abzuführen. Auch an Anfeindungen von innen und außen hat es unserer Organisation nicht gefehlt. Nicht nur daß die Unternehmer alles anboten, um unsere Zahlstelle zu schwächen, wird auch seitens gewisser Arbeiterorganisationen immer versucht, auf Kosten anderer Gewerkschaften ihren Mitgliederstand zu erhalten bzw. zu vermehren. So üben die Transportarbeiter diese Taktik der Zersplitterung.

So brachte das verfloßene Jahr Arbeit in Hülle und Fülle, und hoffen wir, daß die Ausgaben, die zurückgestellt wurden, die Agitation, in diesem Jahre wieder mit neuer Kraft in Angriff genommen wird. Einmütig wurde die Versammlung das Betragen des Kollegen Sachhauß und sein allgemein zum Ausdruck, daß weitere Schritte gegen ihn unternommen werden sollen. Die Wahl des Vorstandes ergab die einstimmige Wiederwahl desselben mit zwei Ausnahmen.

Mühlenarbeiter.

Würzburg. Ein Gemeindevorstand, Herr Jos. Koch, Besitzer der Unteren Mainmühle, begründete die Entlassung des Betriebsmannes mit folgendem Schreiben:

Würzburg, den 15. Februar 1918.

Herrn Peter B.

Hier.

Soeben erkläre ich meine sämtlichen Mühlen und Mühlenarbeiter, daß sie alle, wenn Peter noch weiter in der Mühle beschäftigt wird, nachts Nachts bei mir ausziehen würden. Sie wollen mit ihnen nicht mehr länger zusammen arbeiten. Da Sie sich auch bei mir erklärt haben, Sie seien mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen nicht einverstanden und würden lieber gehen, so bin ich gezwungen, Sie unter diesen Umständen zu entlassen. Es tut mir sehr leid und ist mir unangenehm, daß solche Unzufriedenheiten unter meinen Leuten herrschen. Allein die Gründe werden Sie ja selbst wissen.

Für den Sonntag, an dem Sie gearbeitet haben, lege ich Ihnen 75 Mk. bei, ebenso Ihre Papiere.

Hochachtungsvoll

Jos. Koch.

Der Gemeindevorstand, dem es leid tut, daß er den Betriebsmann Peter zu entlassen gezwungen ist, weil er erklärt hat, daß er mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen nicht einverstanden ist, was den sämtlichen Mählern und Mühlenarbeitern nicht annehmbar sein soll und sie deshalb mit ihm nicht länger zusammen arbeiten wollen, ist in seinem Schreiben demnach von der Wahrheit getrennt. Tatsache ist, daß die sogenannten Mühlenarbeiter gar nicht von dem Mühlen, was in dem Brief behauptet wird. Tatsache ist, daß Herr Koch dem entlassenen Kollegen 1 Mk. vom Lohn abgeben wollte und als ihm das nicht gelang, gab er ihm nichts für die Sonntagsgewalt. Doch hat der Entlassene für die vorerwähnten Lohn nachgeholt.

Also ohne Beschönigung ist die Entlassung erfolgt, weil der Kollege sein Recht verlangte. Und da spielt sich Herr Koch noch als wehrlosiger Gemeindevorstand auf und wälzt die Wahrheit zu dem Zweck.

Rundschau.

Aus der Mühlenindustrie.

Scharfmacher. In der Hauptversammlung des Bayerischen Industriellenverbandes für 1918 machte Dr. Ruhl so scharf gegen Sozialpolitik und Streikposten, gegen Tarifverträge und Gewerkschaften. Nach den Berichten führte er aus:

Die Sozialpolitik würde leider noch vielfach von dem Grundgedanken beherrscht, daß der industrielle Unternehmer eine unerfreuliche Erscheinung sei. Nationalsozialisten und Amateurpolitiker machten den Unternehmer unpöplisch und liehen seine Bekämpfung als verdienstliche Handlung vor. Die sogenannten Lohnstarifverträge brachten, wie sie in den letzten Jahren gezeigt habe, dem Arbeitgeber keine Vorteile und seien nicht geeignet, den sozialen Frieden herbeizuführen. Die Tarifverträge seien einseitige Bindungen des Unternehmers. Die Klassenkämpfe seien durch die Tarifverträge nur erbitterter geworden. Heuchelei und Rentenhybris mehrten sich von Tag zu Tag. Ein dringender Wunsch der Industrie sei ferner die Bekämpfung der Arbeitswilligen von dem Terrorismus der sozialdemokratischen Gewerkschaften durch ein Verbot des Streikpostennehmens.

Das ist schon allerhand an Scharfmacherei und an Unverständnis. Aus innerem Drange hatte Dr. Ruhl auch gegen Prof. Brentano, der von allen Scharfmachern gehäßt wird, heftige Angriffe und unerwünschte Beschuldigungen gerichtet. Vor Gericht mußte er diese zurücknehmen. In der Sitzung der Handelskammer München im Februar d. J. machte er einen neuen Vorstoß gegen Brentano bei der Staatsproposition für die Handelshochschule, über welche nach seiner Meinung die Industrie außerordentlich geringe Rente, weil die Dozentenstellen in ganz einseitiger Weise nach der Schule Prof. Brentanos besetzt seien.

Auch der Süddeutsche Müller, das neugegründete Organ des Bayerischen Mühlenverbandes, dessen geistiger Leiter Herr Kommerzienrat Bauriedel ist, jammert zum Erbarmen, daß der Reichstag den Antrag der Konservativen auf Verbot des Streikpostennehmens mit 285 gegen 52 Stimmen abgelehnt hat. Jeder einflussvolle Patriot hat das auf Wunsch des Herrn Kommerzienrats zu beklagen. Warum? Was Patriotismus und Streikpostenverbot miteinander zu tun haben, darüber bleibt der Süddeutsche Müller den Ausweis schuldig. Welche Vorurteile in unserem Gewerbe, die Herr Bauriedel aus eigener Wissenschaft kennen könnte, zu der Heße gegen das Streikpostenwesen berechtigten, darüber läßt der Süddeutsche Müller auch nichts vernehmen. Bei einem Streit in seinem Betriebe würden Herrn B. vor Jahren einige Fensterheber von am Streit Unbeteiligten eingeschlagen. Damals waren es gerade unsere Streikposten, die die unbeteiligten Nachbarn von weiteren Taten abhielten mit dem Hinweis, daß sie dadurch die Sache der Streitenden schädigten. Weiter ist nach die betrübliche Tatsache zu melden, daß vor Jahren bei einem Streit einmal Herr Stüpfelstein mit einem Streikposten allerhöchst selbst um einen Streikbrecher sich raufen mußte, den jeder von beiden gern haben wollte. Das sind doch keine Vorkommnisse, wegen deren harte Männer nach Gesetz und Polizeischrift und an ihrem - Patrianismus irre werden. Nicht wahr, Herr Bauriedel? Wir wissen ja auch, daß es Herrn B. gar nicht so heilig ist um's Herz, daß er und alle die anderen nur auf Kommando des Zentralverbandes der Industriellen nach dem Verbot des Streikpostennehmens schreien, damit Sühne in die Aktion gegen das Streikrecht der Arbeiter komme.

Daß ein Streikposten sich dann und wann einmal vergräbt und einen Verräter an der Arbeiterklasse scharf anläßt oder gar anläßt, das mag gewiß dann und wann einmal vorkommen und bedauern wir. Es kommt aber auch nicht etwa dann und wann, sondern öfters vor, daß Mühlenbesitzer ihre Kunden bestehlen oder durch Fälschungen von Mehl oder Futtermittel arg betrügen. Allerdings immer nicht im Bewußtsein der Rechtswidrigkeit, wie die Artikel befragen; da verlangt man aber doch auch nicht, daß das Mehl geschicklich verborgen wird.

Also laße man die Mühlenindustrie gefälltigt mit dem Verlangen nach Streikpostenverboten in Ruhe. Will man Dred vom Stecken kehren, hat man genug in den eigenen Reihen zu tun, dann bleibt zu anderem keine Zeit!

Verrichtungen. In voriger Nr. 9 der Verbandszeitung hat die Reichs-Ausdehnung des gesetzlichen Arbeitertages und verbesserte Sonntagruhebestimmungen im Mühlengewerbe irrtümlich die Heberichs. Aus der Brauindustrie enthält die Mühlenindustrie erhalten. Sie stellen dies hiermit richtig.

Aus dem Bereich.

Die Dransmission. Am 17. Februar ereignete sich in der Mälzerei der Bergschloß-Brauerei in Salzhedel ein schwerer Unglücksfall. Der Kollege Albert Müller wollte einen Kasten anlegen während des Ganges der Maschine. Er wurde von der Welle an seiner Schulter erfaßt und ihm die ganze Kleidung vom Körper gerissen. Schwer verletzt wurde er dem Krankenhaus zugeführt. Die Untersuchung ergab Bruch der Wirbelsäule. Nach vier Tagen ist er dann seinen Verletzungen erlegen. Der Kollege ist 42 Jahre alt, hinterläßt Frau und zwei kleine Kinder. Möge dieser traurige Fall allen Kollegen zur Warnung dienen.

Die Verdenngsrichte eines verunglückten Bierfahrers. Am 18. Juli 1906 verunglückte der Bierfahrer Louis Baumfahl aus Greiz. Er war bei der Vereinsbrauerei in Greiz beschäftigt. Dort gibt es noch Wagen ohne Quersieb und mit diesem Schicksal. Mit einem solchen Wagen ist vor dieser Zeit ein Kind überfahren worden und der Fahrer hatte sich noch wegen fahrlässiger Tötung vor Gericht zu verantworten. Der Richter hat bei diesem Drogen auf der linken Seite und sonst nicht sehen, was

sich auf der rechten ereignet. Der Richter mußte freigesprochen werden, da nachgewiesen werden konnte, daß ihm bei dem Unfall keine Schuld beigegeben werden konnte. Gestrichelt in Greiz a. L. ein Gesetz, in welchem das Sitzen auf dem Wagen ohne Quersieb verboten ist - wie in anderen Staaten - so hätte das Anglied nicht passieren können. Hätte man aus dem Unfall eine Lehre gezogen und auf den Wagen einen Bodstb bauen lassen, so wäre verhindert worden, daß abermals ein Mensch, wenn auch nicht totgefahren, so doch aber zum Krüppel gemacht wurde. Mit einem solchen Wagen verunglückte auch Kollege Baumfahl. Er hatte bei dem Unfall einen Weinbruch erlitten und wurde von Dr. Cantus behandelt. Als dieser verrefsen mußte, ließ er sich während seiner Abwesenheit von einem anderen Arzt vertreten. Dieser Vertreter behandelte nun den Verletzten weiter und nahm nach dessen Meinung den Gipsverband zu bald ab. Die Bruststelle heilte nicht ordentlich zusammen und der Mann ist seitdem ein Krüppel; das Bein ist nicht mehr zu heilen. Nun ging die Heilbehandlung in der Dr. Kappelschen Anstalt in Gera los. Dort wurde er nach 15 wöchiger Behandlung entlassen mit dem Bedenken, daß er jede leichtere Arbeit verrichten könne. Es wurde ihm eine Rente von 50 Proz. gewährt. Der Verletzte bemühte sich nun um solche leichte Arbeit und begab sich auch zu seiner früheren Arbeitsstelle, wo er den Unfall erlitten, der Greizer Vereinsbrauerei. Dort wurde ihm aber gesagt, man hätte für ihn keine Arbeit. Der Direktor dieser Brauerei nahm sich aber insofern des Verunglückten an, indem er versprach, ihm bei der Firma Georg Schleber Arbeit verschaffen zu wollen. Als Baumfahl nun dort um Beschäftigung nachsuchte, wurde er mit der Bemerkung abgewiesen: Die Firma Georg Schleber sei keine Heimstätte für die Verunglückten anderer Firmen; die Vereinsbrauerei möge für ihre Invaliden selbst sorgen.

Die Brauerei- und Mälzereibergsgenossenschaft glaubte aber wohl, daß 50 Proz. Rente für einen durch einen verunfallten Wagen verschuldeten Weinbruch zuviel sei und ordnete eine neue Untersuchung in der Kappelschen Heilanstalt an. Und richtig erfolgte nach dieser Untersuchung bereits die Kürzung der Rente um 10 Proz. Gegen die Herabsetzung legte Baumfahl Verwahrung ein, da er ohne Stock keinen Schritt gehen kann und in seinem Zustand natürlich auch keine Arbeit finden konnte. Vor dem Schiedsgericht gab Dr. Wichmann nun ein Gutachten dahin ab, daß der Verletzte jede leichtere Arbeit verrichten könne; er hielt die Rente noch als sehr hoch. So das Gutachten des Arztes über den Zustand eines Mannes, der sich mit zwei Stöcken mühsam fortbewegt. In jeder leichteren Arbeit fähig soll der Mann sein, aber in Arbeit nehmen mag ihn niemand. Es ist gar nicht daran zu denken, daß er Arbeit erhält, so daß sein Zustand völliger Erwerbsunfähigkeit gleichkommt. Das Schiedsgericht hat die Rente nicht herabgesetzt, aber auch die von ihm geforderte Erhöhung ist nicht anerkannt worden. Und wie lange wird er vor der Rentenquetschung - welcher Ausdruck im Gegensatz zu dem beliebigen Ausdruck von der Rentenjustiz der Verletzten sehr am Platze ist - der Bergsgenossenschaft Ruhe haben? Lange wird es kaum dauern, bis man von neuem kommen und eine meienliche Besserung festzustellen suchen wird.

So sieht die Entschädigung der Arbeiter aus, die dem Kapital ihre geunden Gliedmaßen geopfert haben. Das ist ein Schulbeispiel aus der Fürsorge für die Invaliden der Industrie. Es ist oft empörend, wie das bishen Rente heruntergeschraubt wird und man den entnervten und entkräfteten Krüppel nach den Vorwurf der Simulation und Rentenjustiz macht. Rentenquetschung ist wohl meistens die richtige Bezeichnung. Dieser Fall zeigt aber auch die Tendenzwissenschaft des Professors Bernhardt, der die langen Heilungsprozesse als Schuld der Unfallverletzten bezeichnet. Erst wird dem Verletzten der Gipsverband zu früh abgenommen und dann beginnt die Heilung von neuem, die in diesem Falle überhaupt nicht mehr zu erzielen war. Der Kollege ist ein Krüppel, in Arbeit nimmt ihn niemand und die Bergsgenossenschaft quetscht weiter lustig die Rente.

Christliches und Geldes.

Die „Gewerkschaftsstimme“ und der Wiener Nord. Der „Christlich-blauen Redaktion der „Gewerkschaftsstimme“ ist es trotz der aufgestellten Eisenstirnigkeit ersichtlich recht fatal, daß sie bezüglich der Konstruierung der Moralgrundzüge der Verbandszeitung so tolpatschig gewesen ist. Nur ein Trost bleibt ihr, daß auch ein „Christlich-schwarzer Bezirksleiter in Nr. 7 der „Gewerkschaftsstimme“ die Blamage mit ihr teilt. Geteiltes Leid ist ja bekanntlich halbes Leid. Daß die „Gewerkschaftsstimme“ sich nun nicht dazu berüht, offen zu bekennen, daß sie in der Auslegungstun zu beschränkt oder zu unehrlich gewesen ist, sondern in ihrer Verlegenheit in Nr. 7 und 8 allerlei zusammen philosophiert, wollen wir ihr in Rücksicht auf ihre sonstigen Leistungen auf diesem Gebiet nicht weiter verübeln, denn ein Schein gibt mehr als er hat. Wenn aber ausgerechnet die „Gewerkschaftsstimme“ von Schwindel der Verbandszeitung schreibt, so wirkt das wirklich belustigend auch dann noch, wenn sie wie üblich der Courier als Kronzeugen gegen uns aufruft. Wir müßten recht viel schon Gelegtes wiederholen, um zu zeigen, wo der Schwindel sitzt, doch der „Gewerkschaftsstimme“ gegenüber können wir es uns wirklich versagen. - Aber nun ein anderes.

In Wien wurde in allerletzter Zeit der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Franz Schumeder von einem christlich-sozialen Arbeiter namens Paul Kunzschal meuchlings erschossen. Schumeder war einer der wichtigsten und beliebtesten Arbeitervertreter im Reichsrat, im Landtag und als Stadtratsmitglied und außerhalb dieses Wirkungskreises. Gegen den Mörder Paul Kunzschal, einem Genüßgenossen der „Gewerkschaftsstimme“, hat diese kein Wort des Vorwurfs und auch kein Wort des Bedauerns über diese Tat. An Stelle dessen berichtet sie aber über die angeblichen Ursachen des Mordes nach den Aufzeichnungen, die der Mörder bei seiner Verhaftung gelassen hat:

Ich habe es tun müssen. Ich konnte nicht anders. Seit anderthalb Jahren hat man mich aus der Arbeit geholt. Wie ein wildes Vieh mußte ich von Platz zu Platz laufen! Niemand konnte mich bleiben! Mein bißl Vermögen habe ich zugefressen und jetzt hungere ich! Ich hab mich gerächt!

Hieran knüpft die Gewerkschaftsstimme, indem sie sich auf Äußerungen der „Frankfurter Zeitung“ und der „Kölnischen Zeitung“ zu der Sache bezieht, die Behauptung: „Daß die Sozialdemokratie diesen Mord auf dem Gewissen hat, geben die großen Tageszeitungen ... offen zu.“

Die „Gewerkschaftsstimme“ macht sich also diese Behauptung zu eigen, und um das Ganze recht glaubhaft zu machen, erzählt sie, der Mörder Paul Kunschak sei früher selbst Sozialdemokrat gewesen, als er aber aus der Partei austrat, wurde er wie ein gehetztes Wild verfolgt und aus der Arbeit getrieben.

Wie steht es nun in Wirklichkeit mit dieser Behauptung und der des Mörders Kunschak, daß er von Platz zu Platz gehetzt wurde. Kunschak war vom 2. November 1907 bis zum 2. August 1910 in der Fabrik von Noth. Die Betriebskassiere berichtet darüber:

„Paul Kunschak ist Paul Kunschak aus dem Betrieb freiwillig ausgetreten. Vorher hat sich allerdings noch etwas abgespielt. Paul Kunschak ist nicht zur Arbeit gekommen, weil er erklärte, immer zur Versammlung gehen zu müssen.“

Paul Kunschak hat keine eigenen Gesinnungsgenossen, christlich-soziale Arbeiter, wiederholt bei seinem Werkdirektor denunziert. Als er aber bei seiner Arbeit immer nachlässiger wurde, hat ihm der Werkdirektor, sein eigener Parteigenosse, deshalb wiederholt Vorstellungen gemacht. Paul Kunschak trat dann mit der Begründung aus dem Betriebe aus, er habe in den städtischen Gaswerken eine Anstellung erhalten.

Dann war Paul Kunschak in der Fabrik des Reichsratsabgeordneten Friedmann vom 5. Oktober 1910 bis 8. Januar 1911 beschäftigt. Darüber berichtet Abgeordneter Friedmann:

„Mir ist unbekannt, daß die Arbeiter in unserem Betriebe jemals das Verlangen gestellt hätten, Kunschak zu entlassen. Wenn das der Fall gewesen wäre, müßte ich unter allen Umständen davon wissen. Es ist weder zu politischen, noch zu anderen Beziehungen zwischen Kunschak und den anderen Arbeitern gekommen.“

Und nun zur letzten Firma, bei der Kunschak arbeitete: es ist die Kraftwagen-gesellschaft auf dem Alserhof bei Wien. Der Betriebsleiter Robert Klein teilt darüber folgendes mit:

„Paul Kunschak ist von uns nicht entlassen, sondern er ist selbst gegangen. Niemand hat ihn etwas in den Weg gelegt, auch die Arbeiter nicht. Von den Arbeitern ist ihm keiner zu nahe getreten, sonst hätte er auch nicht ein halbes Jahr hier sein können.“

Und auch die „Frankfurter Zeitung“, auf welche sich die „Gewerkschaftsstimme“ beruft, sieht sich im Überdruß vom 19. Februar zu folgender Berichtigung genötigt:

„Es hatte zunächst den Anschein, daß Kunschak von seinen sozialdemokratischen Arbeitskollegen aus allen seinen Stellungen gedrängt und dadurch in einen Zustand der Verzweiflung getrieben worden sei, in dem er sich zu der Tat habe hinreißen lassen. Wie schon mitgeteilt worden ist, liegen aber die Dinge doch nicht so, sondern man muß vermuten, daß Kunschak nicht ganz normal ist.“

Und der „Bayrische Kurier“, das Hauptzentrumblatt, fällt folgendes Urteil über den Mörder und deutet auch die Motive des Mordes auf:

„Schuhmeier ist einem abscheulichen Racheakt zum Opfer gefallen. Es ist eine ganz verurteilte Mordtat, mit welcher der Mörder seiner Partei — wir nehmen an, er sei christlich-sozial — den denkbar schlechtesten Dienst erwiesen hat, eine Schandtat, die, wenn im Vollbesitz der geistigen Kräfte ausgeführt, nicht bestrafbar und nicht entschuldigt werden kann. Kunschak ist ein Mörder, ein feiger Mörder, und müßte als solcher mit dem Tode bestraft werden, wenn er für seine Tat verantwortlich zu machen ist, was hier nicht so entschieden werden kann. Kunschak wird von Leuten, die ihn kennen, als Sonderling geschildert, als ein eigentümlicher unzugänglicher Mensch, den man nirgends zu etwas Rechtem gebrauchen konnte. Man kann mit dem spinnigen Menschen nichts anfangen“ mit dieser Begründung wurde er von einem Arbeitsspinnen an den anderen abgeschoben. Man konnte ihn nirgends auf die Dauer beschäftigen. Daher war er auch öfter und länger arbeitslos. Sein Bruder, der hervorragende christlich-soziale Arbeiterführer, war sein Abgott. Auf ihn war er stolz. Seinen Namen und seine Verdienste führte er ständig im Munde, so daß er Leuten, die mit ihm zusammen saßen, oft lästig fiel. Nicht verwundern konnte er es, daß sein Bruder bei den Reichstagswahlen unterlag. — Schuhmeier nahm ihm das Mandat in Hernalis ab. Das traf den jetzigen Mörder schwer. Er scheint ehrgierig gewesen zu sein. Er gefiel ihm, als Bruder seines Bruders eine Rolle zu spielen. Er meinte, von dem Ansehen, das sein Bruder sich erworben, müsse auch für ihn etwas abfallen. Zu seinen wirren Gedanken mag sich, wer kann das beurteilen, das alles zu dem entsetzlichen Plane verknüpfen haben, dem Schuhmeier auf diese schauerliche Weise zum Opfer fiel. Kunschak hat entsetzliches Unheil nicht nur über die bedauernswerte Familie seines Opfers, sondern auch nicht weniger über seine eigenen Angehörigen und nicht zum mindesten über die christlich-soziale Sache gebracht. Das war nicht sozial, am allerwenigsten christlich.“

Also Kunschak war zu keiner Arbeit zu gebrauchen und deshalb war er öfter und länger arbeitslos. Und der Abgeordnete Schuhmeier nahm des Mörders Bruder das Mandat bei den Reichstagswahlen ab, das traf den jetzigen Mörder Kunschak, der ständig mit den Verdiensten seines Bruders

prahlte, sagte der „Bayrische Kurier“. Das klingt doch etwas anders als die „Gewerkschaftsstimme“ und ihre Quellen erzählten. Die logische Schlussfolgerung aus der Darstellung des „Bayrischen Kurier“ ergibt sich von selbst. Von Terrorismus der sozialdemokratischen Arbeiter als Ursache des Mordes steht da wirklich nichts mehr übrig.

Wir werden sehen, ob die „Gewerkschaftsstimme“ von der Darstellung des Zentrumsorgans, des „Bayrischen Kurier“, und des wirklichen Sachverhalts Notiz nimmt. Oder soll auch hier wieder die Heußerung des verstorbenen Dr. Sigl über eine bestimmte Sorte „Christen“ Anwendung finden: „Sie tägen wie der Teufel und schwindeln aus Französisch!“

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau, Redaktion und Expedition der Verbandszeitung: Berlin D. 27, Schillerstraße 6 IV, Fernsprecher: Unit-Königsstadt 275.

Diese Woche ist der 10. Wochenbeitrag fällig.

Mitteilungen der Hauptverwaltung.

In die Bezirksleiter und Zahlstellenverwalter! Noch wiederholter Aufforderung, die Fragebogen Formulare I und II, sowie den Fragebogen über die Sozialverhältnisse umgehend einzufenden, stehen aus einer Reihe Zahlstellen diese Fragebogen noch aus. Es fehlen bis zum Redaktionsschluss dieser Nummer der Zeitung noch die Fragebogen aus folgenden Orten bzw. Zahlstellen.

Formular I:

Nachen, Berlin, Breslau, Coburg, Darmstadt, Düsseldorf, Eberswalde, Eisenach, Erfurt, Fritschenthal, Forst i. L., Forstschendorf, Frankfurt a. D., Glogau, Gölitz, Gubrau, Hameln a. W., Hann i. Westf., Heilbronn a. N., Hersfeld, Ilmenau, Ingolstadt, Kaufbeuren, Lahr i. Baden, Landskron i. Schl., Leutkirch, Lobenstein, Meß, Neustadt an der Orla, Rostock, Saalfeld i. Th., Salungen, Sangerhausen, Saigau-Allendorf, Scheide, Schneebis, Schleusingen, Sonneberg, Striegau, Trier, Uetersen, Waldkirch, Wendisch-Buchholz, Weiden a. S., Wittenberg a. E., Würzen.

Formular II:

Nachen, Breslau, Coburg, Darmstadt, Düsseldorf, Eberswalde, Eisenach, Erfurt, Forst, Forstschendorf, Frankfurt a. D., Glogau, Gölitz, Gubrau, Hameln a. W., Hann i. W., Heilbronn a. N., Hersfeld, Ilmenau, Ingolstadt, Kaufbeuren, Lahr i. S., Landskron i. Schl., Leutkirch, Lobenstein, Meß, Neustadt an der Orla, Rostock, Saalfeld i. Th., Salungen, Sangerhausen, Scheide, Schneebis, Schleusingen, Sonneberg, Striegau, Trier, Uetersen, Waldkirch, Wendisch-Buchholz, Weiden a. S., Wittenberg a. E.

Fragebogen betr. Jahresabrechnung der Sozialkasse:

Nachen, Gassel, Darmstadt, Düsseldorf, Eberswalde, Erfurt, Forst i. L., Forstschendorf, Hameln a. W., Heilmühle, Hersfeld, Jena, Ilmenau, Kaufbeuren, Landsberg a. W., Lobenstein, Löh, Meiningen, Neustadt an der Orla, Neutlingen, Schneebis, Schneebis, Sonneberg, Trier, Uetersen, Weiden a. S.

Wir ersuchen die Zahlstellenverwaltungen dringend die noch fehlenden Fragebogen unverzüglich einzufenden. Ebenso die zur Richtigstellung wieder zurückgeschickten. Auf alle Fälle ist Formular II und die Jahresabrechnung der Sozialkasse sofort einzufenden, da mit der Bearbeitung derselben bereits begonnen ist. Wo etwa die zugesandten Formulare nicht mehr vorhanden sind, verlange man solche nach.

Ebenso werden die Bezirksleiter ersucht, die betreffenden Zahlstellenverwaltungen zu veranlassen, daß die Fragebogen eingefandt werden.

Die den Bezirksleitern zur Richtigstellung zugesandten Fragebogen, ersuchen wir gleichfalls sobald wie möglich richtig zu stellen und einzufenden.

Kassenbücher.

Auf wiederholte Anfragen bringen wir den Zahlstellenverwaltungen zur Kenntnis, daß die für die größeren Zahlstellen bestimmten Kassenbücher Ende dieser oder Anfang nächster Woche den betreffenden Zahlstellenverwaltungen zugefandt werden, so daß sie also bereits für das 2. Quartal dieses Jahres in Benutzung genommen werden können.

Den Kollegen zur Beachtung!

Das Mitgliedsbuch des Bräuers Franz Fenzl aus Biarrotten, in dem nur drei Beitragsmarken gefehlt sind, befindet sich in Händen des Hauptvorstandes. Fenzl ist nicht mehr Mitglied, da er über 10 Wochen im Rückstande ist.

Ortsortene Mitglieder.

(Die Summe des an die Hinterbliebenen laut Statut ausbezahlten Sterbegeldes ist in Klammern beigefügt.)
Salzweil: Albert Müller, Arbeiter, 2 Jahre (60 Mk.); Gunda: Gottlieb Götz, Bierfabrik, 4 Jahre (90 Mk.); Gera: Friedrich Knott, Müller, 45 Jahre (175 Mk.); Würzburg: Georg Ditt, Bierfabrik, 60 Jahre (60 Mk.); Neubaldensleben: August Deize, Bierfabrik, 53 Jahre (60 Mk.); Ludwigshafen: Anton Kirck, Arbeiter, 37 Jahre (90 Mk.).

Ausbezahltes Sterbegeld an die Hinterbliebenen beim Tode der Ehefrau: Hoch-Galle 3 Mk.; Stenz-Strutgart 20 Mk.; Ziel-Stratzburg 15 Mk.; Gimmersberger-Münden 30 Mk.

Eingänge der Hauptkasse

vom 24. Februar bis 2. März.

Wagdorf 752,79; Dessau 353,50; Necken 7,00; Zwickau 10,50; Hamburg 3,00; Trier 56,80; Duisburg 18,00; Berlin 4,50; Traunstein 3,75; Zwickau 3,60; Weimar 3,00; Neubaldensleben 3,00; Necken 120,00; Berlin 2,70; Eißel 300,00; Meiningen 170,00; Altmun (Ditt.) 2,90; Wörs am Rhein 3,25; Jüme (Belgien) 2,03; Slauen i. S. 300,00; Jena 100,00; Nidda-Jenaburg 3,30; Neubaldensleben 2,70; Chemnitz 0,50 Mk.

Materialeinvertrieb.
Coburg 1200 Markten a 50 Pf.; Gimmersbach 600 Markten a 50 Pf.; Götting 2400 Markten a 50 Pf.; Grotzen 400 Markten a 30 Pf.; Düsseldorf 10.000 Markten a 50 Pf.; Stegitz 30 Markten a 30 Pf.; 1200 Markten a 50 Pf. und 400 Markten a 30 Pf.

Aus den Bezirken und Zahlstellen.

Nennungen. Kassierer und Unterzahlungsanzähler W. Stabus ab 1. März Kuttelgasse 42 par. Althausberg. Der Brauer Wils Stihl aus Gernandrecht (Oberpfalz), zuletzt in Gersdorf, wird ersucht, umgehend seinen Verpflichtungen gegenüber der Zahlstelle Mühlberg nachzukommen. Kollegen, welche den Inhalt des Beschlusses wissen, werden um diesbezügliche Mitteilung ersucht.

Haidberg. Kassierer Otto Wölber, Böhnhoffstr. 18, zahlt Unterzahlung von 6 bis 7 Uhr aus.

Haidheim. Sozialunterzahlung an durchgehende Mitglieder wird gezahlt: 50 Pf. von halbjähriger, 1 Mk. nach einjähriger Beitragsleistung.

Weimar. Vorsitzender: P. Gehdrich, Bismarckstr. 51 II. Zwickau. Vorsitzender: Hans Hausner, Mühlburger Straße 37 I.

Beisammelungsanzeigen.

Sonntags, den 8. März.

Münsterburg. 8 Uhr: „Vorwärts“.
Götting. 8 1/2 Uhr: „Silberner Engel“.
Dessau. 8 1/2 Uhr: „Zwick“.
Eisenach. 8 Uhr: „Gewerkschaftshaus Zwick“.
Eisenach. 8 1/2 Uhr: „Zum Engel“.
Fritschenthal. 8 Uhr: „Eisenach“ Vortrag.
Stegitz. 8 Uhr: „Gewerkschaftshaus“.
Mühlheim. 8 Uhr: „Bei Laupföhner“.
Neubaldensleben. 8 Uhr: „Neutergarten“.
Obernburg. 8 Uhr: „Reinhold“.
Hersfeld. 8 1/2 Uhr: „Zum Ritter“.
Hofenhausen. 8 1/2 Uhr: „Hummelgarten“.
Segeberg. 8 1/2 Uhr: „Hotel International“.
Slungen. 8 Uhr: „Zum Föhner“.
Waldkirch. 8 1/2 Uhr: „Bei Weidmann“.
Wittenberg. 8 1/2 Uhr: „Bei Mäde“.
Zwick. 8 1/2 Uhr: „Bei Stöberau“.

Sonntags, den 9. März.

Haidberg. 4 Uhr: „Reinhold“.
Haidheim. 3 Uhr: „Bei Hornmittel“.
Haidheim. 3 Uhr: „Bei Süßen, am Hajen“.
Haidheim. Vormittags 10 Uhr: „Bei Mith, Schillerplatz“.
Haidheim. 3 1/2 Uhr: „Gewerkschaftshaus“.
Haidheim. 3 Uhr: „Bei Brauer, Otrawer Straße“.
Haidheim und Umgebung. Vormittags 10 Uhr: „Haidheim“.
Haidheim. 3 Uhr: „Grüne Laube“.
Haidheim. 2 Uhr: „Volkshaus“.
Haidheim. Vormittags 9 1/2 Uhr: „Zentralhalle“. Referent: Brülling.

Sonntags, den 10. März.

Haidheim. 2 1/2 Uhr: „Haidheim Hof“.
Haidheim. 3 Uhr: „Rheinischer Hof“. Referent: Kiepl.
Haidheim. 3 Uhr: „Bei v. d. Loo, Schillerstraße“.
Haidheim. 2 Uhr: „Waldkirch“. Referent: Scherbel.
Haidheim i. Br. 2 1/2 Uhr: „Bei Höflin, Weberstr. 12“.
Haidheim. 3 Uhr: „Bei Weber, Greizer Gasse“.
Haidheim. 8 Uhr: „Stadtpart“.
Haidheim. 8 Uhr: „Rathshalle“.
Haidheim. 4 Uhr: „Volkshaus“.
Haidheim. 3 Uhr: „Gewerkschaftshaus“.
Haidheim. 3 Uhr: „Gewerkschaftshaus“.
Haidheim-Sundern. 3 Uhr: „Bei Meier in Sundern. Referent: Brülling, Tarifbewegung“.

Sonntags, den 11. März.

Haidheim. 2 Uhr: „Föhliche Platz“, Volkshaus. B.
Haidheim. 5 Uhr: „Bei Miegel, Steifergasse“.
Haidheim a. S. 3 Uhr: „Bei Daber, Volkshaus. B.“
Haidheim. 4 Uhr: „Bei Föhner, vor dem roten Tor“.
Haidheim. 2 Uhr: „Bei Schödenhausen, Paradeplatz“.
Haidheim. 4 Uhr: „Deutsche Versammlung im Hotel“.
Haidheim. Vortrag Bezirksleiter Franz. Volksbewegung.
Haidheim. 3 Uhr: „Haidheim Hof“.
Haidheim. 3 Uhr: „Bei Greger“.
Haidheim. 3 Uhr: „Freiheitshof“.
Haidheim i. S. 2 1/2 Uhr: „Schillergarten“. Referent: Schöner.

Sonntags, den 12. März.

Haidheim. 2 1/2 Uhr: „Daria-Becker“.
Haidheim. 4 Uhr: „Volkshaus“.
Haidheim. 2 Uhr: „Sternengarten“.
Haidheim. 3 Uhr: „Bei Mithel“.
Haidheim. 3 Uhr: „Zwick“.
Haidheim. 3 Uhr: „Föhliche Platz“. Referent: Meng.
Haidheim. 3 Uhr: „Bei Mithel, Grundweg 52“.
Haidheim. 3 Uhr: „Haidheim“.
Haidheim. 4 Uhr: „Süddeutsches Wappen“.
Haidheim. 1 Uhr: „Gewerkschaftshaus“.
Haidheim. Vormittags 10 Uhr: „Zum Föhner“.
Haidheim. 3 Uhr: „Zentralhalle“.
Haidheim. 4 Uhr: „Bei Dies, Föhliche Platz“.
Haidheim. 3 Uhr: „Haidheim“.
Haidheim. 3 Uhr: „Schwarzer Adler“, Föhliche Platz. B.

Sonntags, den 13. März.

Haidheim. 3 1/2 Uhr: „Bei Mithel“.
Haidheim. 8 1/2 Uhr: „Bei Dringelburg“.
Haidheim. 8 Uhr: „Haidheim“.

Sonntags, den 14. März.

Haidheim. 8 Uhr: „Historischer Hof“.

Sonntags, den 15. März.

Haidheim. 8 Uhr: „Unterzahlungen 66“.

Haidheim. 8 1/2 Uhr: „Gewerkschaftshaus“.

Sonntags, den 16. März.

Haidheim. „Reinhold“.

Haidheim. 2 Uhr: „Gewerkschaftshaus“.

Haidheim. 4 Uhr: „Bei Dräger, Hofenberg“.

Der Verbands=Notizkalender für 1913 sollte im Besitze eines jeden Mitgliedes sein.

Abrechnung für das 4. Quartal 1912

des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen.

Einnahme.		
Einzelbeiträge: männliche a 20 Pf.	119,20	1912
weibliche a 10 Pf.	59,60	
für rückständige Beiträge	124,70	1912
Spenden: männliche a 50 Pf.	34,00	1912
a 30 "	59,60	
weibliche a 20 "	60,00	1912
Zinsen von angelegten Kapiteln:		
Sparkasse-Gewinn in Hamburg	124,50	1912
aus Dresden und Guben	28,60	1912
Sonstige Einnahmen.		
für Abonnements auf die "Verbands-Zeitung"	555,50	1912
Posten	1.236,65	
Bankzinsen	92,60	
Bankguthaben	711,60	
Banknoten	133,-	
Bankguthaben	33,40	
Guthaben, Rückstellungen und Rücklagen	37,29	1912
Nach Strafabrechnungen zurückgehalten:		
Posten in Guben	122,05	1912
Posten in Guben	70,-	1912
Eingehaltene Angelegenheiten:		
Rückstände Ende des 3. Quartals 1912 (rückständig)	16,-	1912
Posten für 3. Quartal 1912 (rückständig)	114,20	
Posten für 2. Quartal 1912 (rückständig)	33,-	
Darstellung für 3. Quartal 1912 (rückständig)	142,70	1912
Summe: 370 136,75 1912		

Ausgabe.		
Unterstützungen:	Stammesunterstützung	51 183,- 1912
	Verbandsunterstützung	21 222,75
	Stammes	7 526,50
	in Guben	2 211,55
	Unterstützung in Guben	2 560,50
	Unterstützung	325,-
	Unterstützung und Gesundheitskosten	4 457,57
	Unterstützung und Gesundheitskosten	15 160,85
	Einzel- und Familienunterstützungen	6 126,22
		111 636,52 1912
Verbands-Zeitung:	Zur Druck der Verbands-Zeitung	8 222,75 1912
	Posten für Vertrieb der Zeitung	3 867,60
	Redaktion, Expedition und Material	1 550,56
	Druckkosten und Material	456,56
	Posten für die Zeitung "Osawata"	60,51
		14 656,57 1912
Verwaltungsstellen (verpflichtet):	Zur Schlichter	7 917,50 1912
	Zur Verwaltung	15,-
	Verwaltungskosten	1 160,55
	Verwaltungskosten, Verbands-	
	Verwaltungskosten	157,65
		9 250,80 1912
(freiwillig) Zur 50 000 Mitglieder-	Kasse	3 955,- 1912
Zur 18 000 Verbandsangehörigen	Kasse	4 752,-
Zur 13 000 Mitglieder (Schlichter-)	Kasse	3 146,52
	600 Familienunterstützungen	2 457,50
	Sonstige Ausgaben	1 498,65
	Banken, Scheck und Posten	701,95
	Banknoten und Bankguthaben	1 270,90
	Banknoten und Bankguthaben	195,70
		17 885,02 1912
Zur den Zahlstellen:	Beiträge an die Vereine	4 069,75 1912
	Beiträge an die Vereine	35 535,50
	in Projekten zurückgehalten	12 142,95
		51 811,04 1912
Sonstige Ausgaben:	Beitrag an die Bezirksleiter	26 221,75 1912
	Zur die Gesamtkasse (S. D. D.)	1 855,40
	Zur die Gesamtkasse (S. D. D.)	30,30
	Beitrag des Verbands-Rates	145,00
	Zur die Gesamtkasse (4. Quartal)	910,-
	Beitrag, Verwaltung und	
	Verwaltungskosten	491,67
	Beitrag der Gesamtkasse	396,47
	Zur die Gesamtkasse	451,96
		30 876,84 1912
		Summe: 255 617,99 1912

Einnahme	310 156,75 1912
Ausgabe	255 617,99
Ergibt eine Überschussrechnung von	54 538,76 1912
gegen den Bestand vom 3. Quartal 1912	1 578 030,12
Bestand in der Hauptkassa am 31. Dezember 1912	1 452 825,76 1912
Bestand in den Bezirkskassen am 31. Dezember 1912	397,71
Bestand in der Hauptkassa am 31. Dezember 1912	1 453 606,49 1912

Dresden, den 3. Februar 1913.

Der Verbands-Vorsitzende:
H. Engel

Der Hauptkassierer:
H. Engel

Rechnen und richtig befinden:

Die Rechner:

Karlwig Guback

Richard Knapp

Wito Reichert

Die Zahl der Mitglieder betrug am Ende des 4. Quartals 30 739 (davon 1485 weiblich), die Gesamtzahl im 4. Quartal betrug insgesamt 627 Mitglieder.

Interessante Preis
für Mitglieder und Familienangehörige...
Für die Familienangehörigen...
Für die Familienangehörigen...
Für die Familienangehörigen...

Verbands-Zeitung
Die Zeitschrift zwischen Herrn...
Die Zeitschrift zwischen Herrn...
Die Zeitschrift zwischen Herrn...
Die Zeitschrift zwischen Herrn...

John Harders
Stoffe
Glocken-Private
Zur Herstellung...
Zur Herstellung...
Zur Herstellung...

Mutterforn
Mutterforn
Mutterforn
Mutterforn
Mutterforn

Michel'sche Brauereianstalt
B
Hch. Schäfer, Hanau, Schirnstr. 5.
Holzschuhe
Die besten wasserfesten Holzschuhe mit fellschmalen
Hochwertige Holzschuhe
Hochwertige Holzschuhe

Verbands-Zeitung 1912
Es ist ein immer noch die Rechnungen
von mehreren Jahrgängen
welche den letzten Jahresabschluss bezogen haben.